

kaarst*

* Beteiligungsbericht für
das Geschäftsjahr
2012



Stand: 07.11.2013

Herausgeber:

Stadt Kaarst
Bereich Finanzen
Kämmerei
Am Neumarkt 2

41564 Kaarst

Telefon: (0 21 31) 987-493
Telefax: (0 21 31) 9877-493
e-Mail: denise.mack@kaarst.de

Titelgrafik: © Stauke - Fotolia.com

Der Beteiligungsbericht ist als Beitrag zu einer größeren Transparenz kommunaler Beteiligungen an privatrechtlichen sowie öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen anzusehen. Die Informationen erlauben eine bessere Einschätzung und differenziertere Beurteilung der gesamten wirtschaftlichen Lage der Stadt Kaarst sowie seiner Chancen und Risiken, bezogen auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus ist auch für die Öffentlichkeit von Interesse, in welcher Form und in welchem Umfang die Stadt sich außerhalb ihrer Kernverwaltung in ausgliederten Organisationseinheiten privatrechtlich und öffentlich-rechtlich betätigt.

Mit dem Beteiligungsbericht 2012 kommt die Stadt Kaarst ihrer Verpflichtung aus § 117 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) zur Berichterstattung über seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung nach. Gemäß § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in einer Zahlenreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Bei ihrer Darstellung können bestimmte Vereinfachungen nach Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Anspruch genommen werden. Anhand einer Gesamtübersicht sind alle Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form aufzuzeigen. Sofern die vorstehenden Datengrundlagen nicht vorliegen, sind andere geeignete Unterlagen als Basis für eine entsprechende Beteiligungsdarstellung zu nutzen.

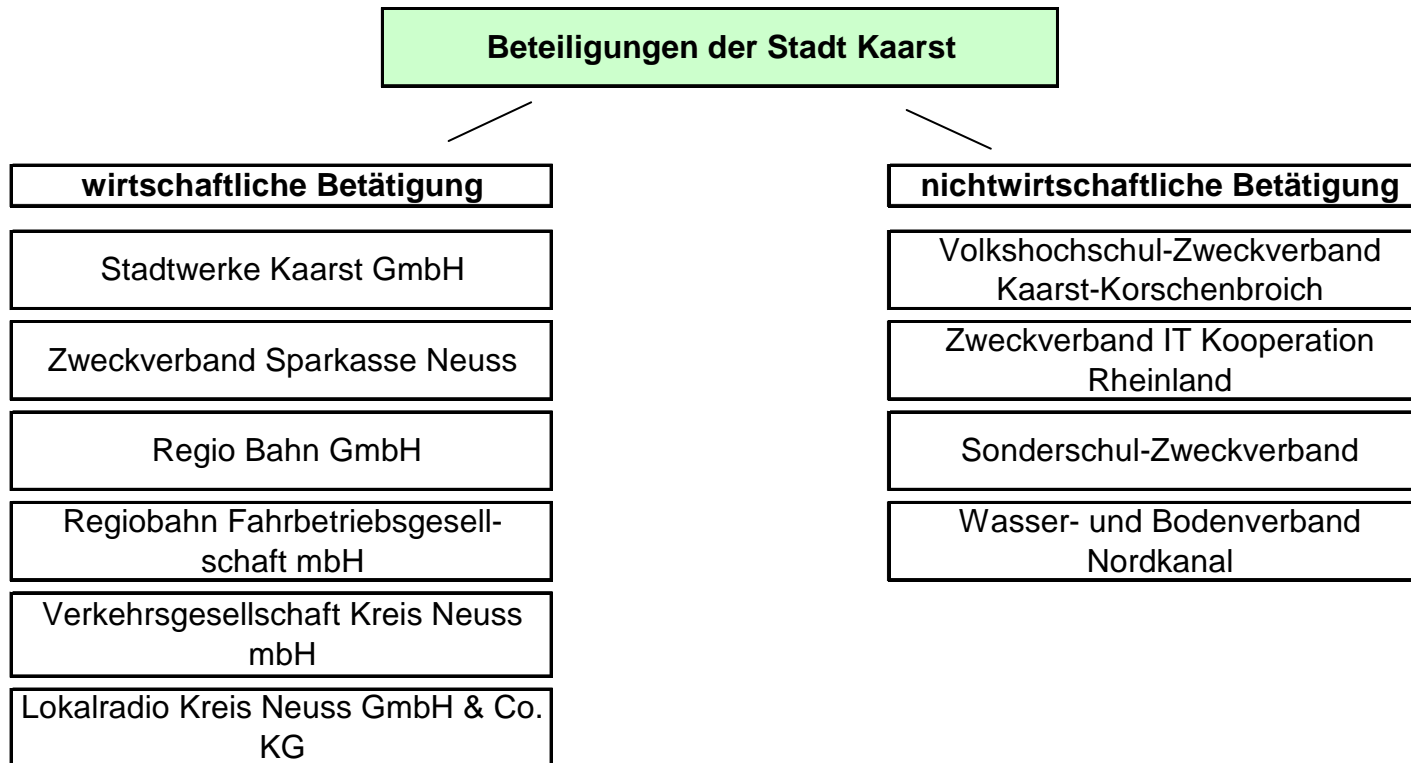
Der vorliegende Beteiligungsbericht 2012 beinhaltet grundlegende Informationen zu den privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Stadt Kaarst auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse der Gesellschaften zum 31.12.2012. In einzelnen Fällen mussten die Vorjahresdaten als Grundlage genommen werden, da aktuelle Zahlen nicht vorlagen. Hinsichtlich der nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen wurde überwiegend auf Passagen aus den dortigen Prüfberichten zurückgegriffen.

Aufgrund unterschiedlicher Bewertungsmethoden und rechtlichen Grundlagen zur Bewertung einer Beteiligung, wurden die in der Bilanz der Stadt Kaarst zum 31.12.2012 aufgeführten Beteiligungswerte als Fußnoten dargestellt.

INHALT

ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN	5
STADTWERKE KAARST GMBH	6
SPARKASSE NEUSS – ZWECKVERBANDSSPARKASSE DES RHEIN-KREISES NEUSS, DER STADT NEUSS, DER STADT KORSCHENBROICH UND DER STADT KAARST	17
REGIONALE BAHNGESELLSCHAFT KAARST – NEUSS – DÜSSELDORF – ERKRATH – METTMANN – WUPPERTAL MBH (REGIO-BAHN)	30
REGIOBAHN FAHRBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH.....	41
VERKEHRSGESELLSCHAFT KREIS NEUSS MBH.....	47
LOKALRADIO KREIS NEUSS GMBH & Co. KG	51
VOLKSHOCHSCHUL-ZWECKVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH	59
ZWECKVERBAND IT-KOOPERATION RHEINLAND	69
SCHULVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH FÜR DIE MARTINUSSCHULE, FÖRDERSCHULE MIT DEM FÖRDERSCHWERPUNKT LERNEN	83
WASSER- UND BODENVERBAND NORDKANAL	89

Überblick über die Beteiligungen



Stadtwerke Kaarst GmbH

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2000
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 05. Juli 2011
Handelsregister	HRB 10658 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung mit Energie einschließlich Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmeversorgung und damit zusammenhängende Dienstleistungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH ist die Versorgung von Endkunden im Stadtgebiet Kaarst mit Energie. Darüber hinaus stehen die Stadtwerke im Eigentum der Gasversorgungsanlage im Stadtgebiet Kaarst. Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat die ihr von der Stadt Kaarst im Rahmen der Daseinsvorsorge übertragene öffentliche Zwecksetzung im Berichtszeitraum nachhaltig erfüllt. Durch die wirtschaftliche und strategische Ausrichtung des Unternehmens ist die Versorgungssicherheit langfristig gewährleistet und die wirtschaftliche Energieversorgung sichergestellt.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital¹ beträgt 2,6 Mio. EUR und wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Kaarst	1.300.000,00 €	50,00
Gelsenwasser AG	1.300.000,00 €	50,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

¹ Der bilanzierte Wert zum 31.12.2012 beläuft sich auf 7.555.550 Euro und wurde nach dem Ertragswertverfahren ermittelt.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Gesellschafterversammlung ist Frau Dorothea Zillmer. Stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Dr. Horst Blechschmidt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Kaarst bestellt werden. Drei weitere Mitglieder werden von der GELSENWASSER AG entsendet.

Vertreter im Aufsichtsrat für die Stadt Kaarst waren im Berichtsjahr Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter (seit 5. September 2011) sowie Herr Lars Christoph und Herr Ulf Imiela.

Geschäftsführung

Markus Barczik
Heinz-Dieter Vogt (Fachbereich II)

Nach § 6 des Gesellschaftsvertrages wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführer gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann einem Geschäftsführer oder beiden das Recht zur Alleinvertretung eingeräumt werden.

Personalbestand

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigte im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter, jeweils auf der Basis eines sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Im Rahmen eines Ende 2011 eröffneten Kundenbüros werden zusätzlich zwei Mitarbeiter eingestellt. Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit zwar nebenberuflich aus, sind aber dennoch im Personalbestand des Berichtsjahres darzustellen.

2010	2011	2012
3	5	5

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

1. Konzessionsabgaben

Mit der Stadt Kaarst besteht ein Gas-Konzessionsvertrag über die Versorgung der Stadt und ihrer Einwohner mit Gas zu allen Zwecken. Der Vertrag trat zum 01.01.2001 in Kraft und wurde mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen.

Im Berichtsjahr sind Erträge aus Konzessionsabgaben in Höhe von insgesamt 158.921,54 Euro erwirtschaftet worden. Bezugnehmend auf die Konzessionsabgaben schließen die Stadtwerke Kaarst GmbH im Berichtsjahr mit diesem Wert ab.

2. Nutzung von Einrichtungen

Mit Wirkung vom 01.01.2001 haben die Stadtwerke Kaarst GmbH und die Stadt Kaarst einen Vertrag über die Nutzung von Einrichtungen (z.B. Personal, Räume sowie sachliche Betriebsmittel) abgeschlossen. Der Vertrag läuft bis zum 31.12.2020 und wurde zuletzt mit Wirkung vom 01.01.2009 geändert.

Die Erträge, die sich hieraus für die Stadt ergeben, belaufen sich im Berichtsjahr auf 113.604,90 Euro.

3. Gewinnausschüttung

Die Geschäftsführung hat mit Datum vom 28.03.2013 vorgeschlagen, von dem Jahresüberschuss in Höhe von 1.270.000 EUR einen Betrag von 1.200.000 € an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von 70.000 € sowie den Gewinnvortrag in Höhe von 286.800 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Somit ergibt sich für die Stadt Kaarst ein Ertrag aus Gewinnbeteiligungen verbundener Unternehmen in Bezug auf die Stadtwerke Kaarst GmbH in Höhe von 560 Tsd. EUR. Die Gewinnbeteiligung ist im Hinblick auf die Kapitalertragssteuer zu versteuern, so dass die Gewinnbeteiligung im Berichtsjahr eine Nettoentlastung in Höhe von 471 Tsd. EUR für den städtischen Haushalt darstellte.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Bilanz

AKTIVA	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	4.913.497,74	4.838.185,16	5.037.689,10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	5.600,00	3.500,00
II. Sachanlagen	4.823.942,49	4.807.760,28	5.028.246,49
1. Grundstücke	7.331,49	7.331,49	7.331,49
2. Rohrnetz	4.707.654,00	4.675.064,00	4.707.037,00
3. Maschinen und techn. Anlagen	51.450,00	53.824,00	246.643,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.507,00	63.356,00	67.235,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	8.184,79	0,00
III. Finanzanlagen	89.555,25	24.824,88	5.942,61
Sonstige Ausleihungen	89.555,25	24.824,88	5.942,61
B. Umlaufvermögen	4.017.668,82	3.297.756,87	3.332.424,89
I. Forderungen und sonstige	3.835.738,23	3.220.070,46	3.305.505,18
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.402.327,49	1.675.912,53	2.287.491,64
2. Forderungen gegen Gesellschafter	248.434,13	780.373,15	602.057,17
3. Sonstige Vermögensgegenstände	184.976,61	763.784,78	415.956,37
II. Guthaben bei Kreditinstituten	181.930,59	77.686,41	26.919,71
Bilanzsumme AKTIVA	8.931.166,56	8.135.942,03	8.370.113,99
PASSIVA	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital	3.700.000,00	4.086.800,00	4.156.800,00
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00
II. Gewinnvortrag	0,00	0,00	286.800,00
III. Jahresüberschuss	1.100.000,00	1.486.800,00	1.270.000,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
C. Bau- und Ertragszuschüsse	1.277.955,00	976.623,00	843.655,00
D. Rückstellungen	2.729.135,50	2.596.072,96	2.939.791,70
1. Steuerrückstellungen	246.820,24	150.000,00	260.855,15
2. Sonstige Rückstellungen	2.482.315,26	2.446.072,96	2.678.936,55
E. Verbindlichkeiten	2.403.916,52	118.342,07	51.250,29
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.322.015,65	23.783,22	44.270,89
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	81.900,87	94.558,85	6.979,40
F. Rechnungsabgrenzungsposten	228.042,00	358.104,00	378.617,00
Bilanzsumme PASSIVA	10.339.049,02	8.135.942,03	8.370.113,99

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Die Stadtwerke Kaarst GmbH versorgt über ein rund 148 km langes Rohrnetz rund 5.200 Kunden mit Erdgas. Im Geschäftsjahr 2012 stieg die Anzahl der Netzanschlüsse durch eine Erweiterung des Gasversorgungsnetzes sowie im Anschluss neuer Gasnetzanschlüsse um 137 auf 5.796. Im Zuge der Rohrnetzerweiterung wurden rund 800 m Leitungen neu verlegt.

Hinzu kam die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der neu errichteten Stadtparkhalle.

2. Finanzanlagen

Die Ausleihungen betreffen an Gaskunden gewährte Finanzierungsdarlehen zur Umstellung oder Erneuerung der Heizungsanlage.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind enthaltene Abschlagszahlungen auf den angrenzten noch nicht abgelesenen Energieverbrauch der Kunden verrechnet.

Bei der Forderung gegen Gesellschafter besteht eine Forderung aus Gaslieferung gegen die Stadt Kaarst.

4. Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben wurden von den jeweiligen Kreditinstituten per Saldenbestätigung zum 31.12.2011 nachgewiesen.

Passiva:

1. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) in Höhe von 2.600.000 € ist voll eingezahlt und wird je zur Hälfte von der Stadt Kaarst und von der Gelsenwasser AG Gelsenkirchen, gehalten. Die Geschäftsführung hat beschlossen, von dem Jahresüberschuss in Höhe von 1.270.000 € einen Betrag von 1.200.000 € an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von 70.000 € sowie den Gewinnvortrag in Höhe von 286.800 € auf neue Rechnung vorzutragen. Als Auszahlungstermin wurde der 14.06.2013 (Wertstellung) festgelegt.

2. Bau- und Ertragszuschüsse

Der Position „Bau- und Ertragszuschüsse“ wurden die den Abnehmern berechneten Baukostenzuschüsse und die Erstattungen der Hausanschlusskosten zugeführt. Diejenigen Zuschüsse, die bis zum 31.12.2002 berechnet wur-

den, werden jährlich zu 1/20 der Ursprungsbeträge zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Die im Geschäftsjahr 2003 erhaltenen Bau- und Ertragszuschüsse wurden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der bezuschussten Verteilungsanlagen abgezogen. Die in den Geschäftsjahren 2004 bis 2007 vereinnahmten Bau- und Ertragszuschüsse wurden passiviert und werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der bezuschussten Anlagen aufgelöst. Bezüglich der Bau- und Ertragszuschüsse ab dem Geschäftsjahr 2008 wird auf die Ausführungen zum passiven Rechnungsabgrenzungsposten verwiesen.

3. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen Aufwendungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen und alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen im Zusammenhang mit Gaslieferungen.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 44 Tsd. EUR sind durch Saldenliste zum 31.12.2012 nachgewiesen.

Bei den ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um kreditrische Debitoren.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Zusammenhang mit der seit dem Jahr 2007 erfolgten Verpachtung des Gasnetzes an die GELSENWASSER Energienetz GmbH (GWN) werden die Bau- und Ertragszuschüsse der GWN in Rechnung gestellt, die diese wiederum an die Endkunden weiterberechnet.

Ab dem Jahr 2008 erfolgt die Erfassung der in Rechnung gestellten Bau- und Ertragszuschüsse als passivischer Rechnungsabgrenzungsposten, da diese aus Sicht der Berichtsgesellschaft Vorauszahlungen für zukünftige Pachtentgelte seitens der GWN darstellen, die über einen Zeitraum von 20 Jahren ergebniswirksam aufgelöst werden.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2010	2011	2012
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (inkl. Erdgassteuer)	13.650.947,48	10.667.495,82	12.253.493,20
Erdgassteuer	-1.451.318,87	-1.013.630,45	-1.130.644,04
Umsatzerlöse	12.199.628,61	9.653.865,37	11.122.849,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.154.623,51	2.275.516,41	1.989.855,38
3. Materialaufwand	-11.237.344,39	-8.426.713,74	-9.629.680,38
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-6.997.700,80	-5.404.743,69	-6.515.816,08
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.239.643,59	-3.021.970,05	-3.113.864,30
4. Personalaufwand	-17.636,24	-19.454,88	-30.236,34
a) Löhne und Gehälter	-15.600,00	-17.200,00	-25.425,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.036,24	-2.254,88	-4.810,65
5. Abschreibungen auf Anlagevermögen	-588.738,16	-541.449,80	-578.347,42
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-825.865,20	-776.835,37	-1.001.352,65
a) Konzessionsabgaben	-171.394,58	-174.201,03	-154.555,02
b) Übrige betriebliche Aufwendungen	-654.470,62	-602.634,34	-846.797,63
7. Erträge aus Ausleihungen des	3.561,65	1.531,62	486,77
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.114,85	5.848,66	5.198,12
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.855,81	-1.972,78	-3.113,05
Ergebnis der gewöhnlichen			
10. Geschäftstätigkeit	1.696.488,82	2.170.335,49	1.875.659,59
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-576.401,28	-681.670,14	-605.570,13
12. Sonstige Steuern	-87,54	-1.865,35	-89,46
13. Jahresergebnis	1.120.000,00	1.486.800,00	1.270.000,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erdgassteuer entsteht bei der Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher. Sie wird offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 1.778 Tsd. EUR (Vorjahr 1.789 Tsd. EUR) auf Erträge aus der Verpachtung des Gasversorgungsnetzes an die GEL-SENWASSER Energienetze GmbH. Der Posten enthält periodenfremde Erträge von 20 Tsd. EUR.

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigt im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter auf der Basis eines sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Der ausgewiesene Personalaufwand enthält die Gehälter dieser Mitarbeiter sowie der Geschäftsführung einschließlich darauf entfallender Sozialabgaben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Unternehmensaktivitäten

Rahmenbedingungen

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH ist die Versorgung der Stadt Kaarst mit Erdgas auf der Basis des mit der Stadt Kaarst abgeschlossenen langfristigen

Konzessionsvertrags. Zu Beginn des Jahres hat die Stadtwerke Kaarst GmbH zudem den Vertrieb von Ökostrom aufgenommen.

Verpachtung des Gasnetzes

Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat mit Wirkung zum 01.01.2007 ihr Gasversorgungsnetz an die GELSENWASSER Energienetze GmbH verpachtet und damit die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes umgesetzt.

Betriebsführung durch GELSENWASSER

Die Stadtwerke Kaarst GmbH verfügt – mit Ausnahme von drei geringfügig Beschäftigten – über kein eigenes Personal. Der technische Betrieb der Gasversorgungsanlagen obliegt seit dem 01.01.2007 der GELSENWASSER Energienetze GmbH als Pächterin der Anlagen. Der Gesellschafter GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen, führt den kaufmännischen Betrieb auf Basis eines langfristig geschlossenen Betriebsführungsvertrages durch.

Erdgasversorgung

Die Stadtwerke Kaarst GmbH versorgt über ein 148 km langes Rohrnetz rund 5.200 Kunden mit Erdgas. Im Geschäftsjahr 2012 stieg die Anzahl der Netzanschlüsse um 137 auf 5.796. Im Zuge der Rohrnetzerweiterung wurden rund 800 m Leitungen neu verlegt.

Durch die Liberalisierung des Energiemarktes verstärkt sich der Wettbewerb sowohl mit anderen Energieträgern, als auch mit anderen Gasanbietern. Durch attraktive Preise und Produkte konnte der Kundenrückgang deutlich gesenkt und der Kundestamm der Stadtwerke Kaarst GmbH im Wesentlichen gehalten werden. Insgesamt wechselte im Geschäftsjahr 2012 nur rund 1% unserer Kunden den Anbieter.

Der Erdgasverkauf der Stadtwerke Kaarst GmbH stieg im Berichtsjahr im Wesentlichen witterungsbedingt um 10,6 Mio. kWh auf 200,4 Mio. kWh.

Bericht gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die Stadtwerke Kaarst GmbH führt die Tätigkeit Gasverteilung im Sinne des § 6b Abs. 3 Ziffer 4 EnVG aus. Auf der Grundlage der Anforderungen des § 6 Abs. 3 EnWG führt die Stadtwerke Kaarst GmbH getrennte Konten für die Tätigkeit Gasverteilung und erstellt in ihrer Rechnungslegung für die Tätigkeit Gasverteilung eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss).

Die im Energiewirtschaftsgesetz beschriebenen Entflechtungsvorschriften bedeuten für die Stadtwerke Kaarst GmbH die Pflicht zum sogenannten Legal-Unbundling und damit die rechtliche Verselbständigung des Gasnetzbetriebes. Zur Umsetzung dieser Vorschrift wurde seitens der GELSENWASSER AG die GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) gegründet. Die Gesellschaft übernahm mit Beginn des Jahres 2007 die Funktion des Netzbetreibers für die Stadtwerke Kaarst GmbH.

Förderprogramm „Fair + Mehr“

Schwerpunkt des Förderprogramms „Fair + Mehr“ ist der sparsame Umgang mit Energie. So bezuschusst die Stadtwerke Kaarst GmbH den Einbau von Erdgas-Mini-Blockheizkraftwerken sowie effizienter Gasbrennwertgeräte, die solare Warmwas-

serbereitung sowie die Anschaffung erdgasbetriebener Haushaltsgeräte. Hinzu kommt die Vermittlung einer kostengünstigen Gebäude-Thermografie. Die Anschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge fördert die Stadtwerke Kaarst GmbH zudem mit einem 500kg Tankgutschein, der an der firmeneigenen Erdgastankstelle auf dem Gelände des Autowasch-Center-Kaarst eingelöst werden kann. Erstmals wurde im Berichtsjahr auch die Anschaffung von E-Bikes gefördert.

Um den sparsamen Umgang unserer Kunden mit Energie weiterhin zu unterstützen, wird die Stadtwerke Kaarst GmbH auch 2013 das Förderprogramm fortsetzen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2012 betragen die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände 797 Tsd. EUR (Vorjahr: 531 Tsd. EUR). Der Schwerpunkt der Investitionen lag in der Erweiterung des Gasversorgungsnetzes sowie im Anschluss neuer Gasanschlüsse. Hinzu kam die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der neu errichteten Stadtparkhalle mit einem Investitionsvolumen von 194 Tsd. EUR. Gemessen an der Anlagenintensität sind 60,3% (Vorjahr: 59,5%) des gesamten Vermögens langfristig gebunden.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung der Stadtwerke Kaarst GmbH in das Cash-Pooling des GELSENWASSER-Konzerns die Liquidität des Unternehmens. Zum Bilanzstichtag bestanden hieraus Forderungen von 935 Tsd. EUR (Vorjahr: 945 Tsd. EUR). Hinzu kamen Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 27 Tsd. EUR (Vorjahr: 78 Tsd. EUR).

Das langfristig gebundene Vermögen ist zum 31. Dezember 2012 wie im Vorjahr vollständig durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel finanziert.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (inkl. Erdgas- und Stromsteuer) des Geschäftsjahres 2012 belaufen sich auf insgesamt 12.253 Tsd. EUR. Davon entfallen 11.565 Tsd. EUR (Vorjahr: 10.500 Tsd. EUR) auf den Verkauf von Erdgas und 529 Tsd. EUR auf den Stromverkauf. Korrespondierend zur Erlösentwicklung sind auch die Materialaufwendungen, im Wesentlichen bestehend aus Aufwendungen für den Bezug und die Durchleitung von Erdgas und Strom, gestiegen.

Gesunkene sonstige betriebliche Erträge, erhöhte Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen führten bei einem leicht rückläufigen Zinsergebnis zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.876 Tsd. EUR, welches um 295 Tsd. EUR unter dem Vorjahreswert liegt. Der nach Abzug des Steueraufwands verbleibende Jahresüberschuss beläuft sich auf 1.270 Tsd. EUR, nach 1.487 Tsd. EUR im Vorjahr.

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und –instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GELSENWASSER AG ein Risikomanagementsystem installiert. Die Basis bildet ein systematischer, den gesamten GELSENWASSER-Konzern umfassender Risikomanagementprozess. Ungünstige Entwicklungen werden so frühzeitig erkannt, dass gegensteuernde Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können. Durch die Einbindung der Stadtwerke Kaarst GmbH in den Risikomanagementprozess der GELSENWASSER AG wird gleichzeitig auch die Angemessenheit und Effektivität des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Kaarst GmbH durch die interne Revision der GELSENWASSER AG überwacht. Zudem ist das Risikofrüherkennungssystem Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Schwerpunkt der Risikobetrachtungen bleiben die Marktrisiken. Als Folge der Liberalisierung des Gasmarktes und des freien Anbieterwechsels auf dem Gasmarkt sieht sich die Stadtwerke Kaarst GmbH einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt, der zu einem erhöhten Preisdruck geführt, bzw. Absatzrisiken mit sich gebracht hat. Zudem erhöht sich das Angebot alternativer Energien. Durch offensive Vertriebs- und Marketingaktivitäten zur Verbesserung der Kundenbindung u.a. durch den Einsatz eines Erdgasförderungsprogramms, soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Neben den Risiken, die die Liberalisierung der Energiemärkte mit sich bringt, sieht die Stadtwerke Kaarst GmbH auch Chancen in der angestrebten Erweiterung der Wertschöpfungskette.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden Risiken und sonstige Risiken erkennbar, deren wirtschaftliche Auswirkungen im Eintrittsfall zu Illiquidität oder Überschuldung führen könnten.

Ausblick

Hauptaufgabe für die Zukunft wird die Sicherung und der weitere Ausbau der Gasversorgung sein. Dabei stellt die Möglichkeit des freien Anbieterwechsels am Gasmarkt die größte Herausforderung dar. Die intensive Betreuung bestehender und die Akquisition neuer Kunden sowie attraktive Förderprogramme und ein wettbewerbsfähiges Preissystem sollen entscheidend zur Zielerreichung beitragen. Bezugsseitig soll die Wirtschaftlichkeit der Gasversorgung durch flexible Erdgasbezugsverträge mit kurzen Laufzeiten gesichert werden. Der Ausbau und die Gestaltung von Contractingmodellen mit unseren Kunden sollen die Effektivität und die Attraktivität des Brennstoffes Erdgas erhöhen und zur langfristigen Sicherung des Absatzes beitragen.

Der neu aufgenommene Stromvertrieb soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Die Vertriebsaktivitäten werden weiter forciert. Neben Maßnahmen zum Ausbau der Kundenbindung wird die Akquisition neuer Kunden Kernaufgabe des Vertriebs sein.

Das Vergabeverfahren der Stromkonzession der Stadt Kaarst endete mit einem Zuschlag für die Stadtwerke Kaarst GmbH. Der Rat der Stadt Kaarst hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2012 entschieden, das Angebot der Stadtwerke Kaarst

GmbH anzunehmen. Gegenwärtig laufen die Verhandlungen zur Übernahme des Stromnetzes mit dem Altkonzessionär.

Ausbau, Sicherung und Erhalt der Versorgungsanlagen werden fortgesetzt. Der Investitionsplan sieht dafür 255 Tsd. EUR für das Jahr 2013 vor. Die Unternehmensplanung zeigt für die Jahre 2013 und 2014 weiterhin zufriedenstellende Ergebnisse und eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Trotz des zunehmenden Drucks durch den geöffneten Energiemarkt sieht sich die Stadtwerke Kaarst GmbH mit ihrem Partner GELSENWASSER gut aufgestellt, um sich durch Kundennähe, hohes fachliches Know-how und marktgerechte Preisgestaltung auch weiterhin im Wettbewerb zu behaupten.

Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst

Basisdaten

Anschrift	Oberstraße 110 – 124 41460 Neuss
Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)
Gründungsjahr	1994
Satzung	in der Fassung vom 16. Juli 2002
Handelsregister	HRA 5375 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst - ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist regional verankert und ihre geschäftspolitische Grundausrichtung ist am Gemeinwohl orientiert, wobei sie sich insbesondere für die privaten Kunden vor Ort, den gewerblichen Mittelstand und die heimische Region einsetzt. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung „Sparkasse Neuss“. Ihre Zugehörigkeit zum Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet, dass die Sparkasse alle Verbindlichkeiten jederzeit vollständig erfüllen kann und bietet somit auch nach der Änderung der bisherigen gesetzlichen Haftungsgrundlagen im Jahre 2005 ein Höchstmaß an Sicherheit für ihre Kunden. Zum 01.07.2012 ging die Girozentralenfunktion von der ehemaligen WestLB AG auf die Landesbank Hessen – Thüringen Girozentrale (Helaba) über.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Betreiben aller banküblichen Geschäfte im Sinne des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Beteiligungsverhältnisse

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst. An dem Sparkassenzweckverband sind die Mitglieder mit folgenden Quoten beteiligt:

- Rhein-Kreis Neuss 34,53 %
- Stadt Neuss 50,00 %

- Stadt Kaarst² 9,74 %
- Stadt Korschenbroich 5,73 %

Beteiligungen der Gesellschaft

Laut dem Geschäftsbericht 2012 wurde dort im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen und der verbundenen Unternehmen für die dortige Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage seitens der Sparkasse auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB verzichtet.

Organe der Gesellschaft

- Verwaltungsrat
- Kreditausschuss
- Vorstand

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes

Nach § 5 Abs.1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst entsendet die Stadt Kaarst drei Mitglieder in die Verbandsversammlung. Mitglieder der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum:

Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann, Herr Volker Schöneberg und Herr Christian Gaumitz. Als stellvertretende Mitglieder wurden Herr Erster Beigeordneter Heinz-Dieter Vogt, Herr Theodor Thißen und Herr Dr. Friedhelm Klukas bestellt.

Verwaltungsrat der Sparkasse Neuss

Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und 20 weiteren Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern, die vom Rhein-Kreis Neuss vorgeschlagen werden, sieben Mitgliedern, die von der Stadt Neuss vorgeschlagen werden, einem Mitglied, das von der Stadt Korschenbroich vorgeschlagen wird, einem Mitglied, das von der Stadt Kaarst vorgeschlagen wird, sowie sieben Dienstkräften.

Vertreter der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum für den Verwaltungsrat Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann (bis 21.07.2012), Herr Lars Christoph (ab 22.07.2012), stellvertretendes Mitglied ist Herr Thorsten Schmitter.

Vorstand der Sparkasse Neuss

Michael Schmuck, Vorstandsvorsitzender
Heinz Mölder, Vorstandsmitglied
Dr. Volker Gärtner, Vorstandsmitglied
Dietmar Mittelstädt, stv. Vorstandsmitglied

² Die Beteiligung am Sparkassenzweckverband darf wegen eines gesetzlichen Bilanzierungsverbotes nicht in der städtischen Bilanz zum 31.12.2012 bilanziert werden.

Personalbestand

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 1.253 Mitarbeiter beschäftigt.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Gewinnanteile der Sparkasse wurden im Berichtsjahr in Höhe von 390 Tsd. EUR an die Stadt Kaarst ausgeschüttet. Die hiervon abzuführende Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag führten zu einer Nettoentlastung des Haushaltes in Höhe von 328 Tsd. EUR.

Bilanz

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Aktivseite	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
Barreserve	110.207.463,13	163.473.817,88	116.726.812,04
Forderungen an Kreditinstitute	46.071.929,61	37.835.228,92	84.941.270,26
Forderungen an Kunden	4.910.623.788,48	4.802.694.919,89	4.734.458.325,41
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	743.675.570,87	817.278.982,69	711.154.511,32
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	100.000.000,00	100.346.830,00	117.166.696,50
Beteiligungen	90.797.716,62	96.980.099,85	107.484.910,19
Anteile verbundener Unternehmen	49.489,73	49.489,73	25.990,73
Treuhandvermögen	5.560.146,82	2.070.504,86	2.693.395,33
Immaterielle Anlagewerte	407.773,00	590.856,00	879.385,00
Sachanlagen	75.681.206,59	78.787.168,48	85.326.449,99
Sonstige Vermögensgegenstände	4.903.153,26	4.371.740,40	3.921.443,05
Rechnungsabgrenzungsposten	2.859.377,69	3.892.376,91	4.115.368,06
Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva	6.090.837.615,80	6.108.372.015,61	5.968.894.557,88

Passivseite	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.329.739.800,87	1.436.205.439,23	1.378.362.653,74
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.198.651.416,89	4.113.563.438,25	4.035.557.360,10
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.283.267,31	8.908.958,81	26.173.990,84
Treuhandverbindlichkeiten	5.560.146,82	2.070.504,86	2.693.395,33
Sonstige Verbindlichkeiten	20.276.860,02	10.361.710,56	9.968.892,68
Rechnungsabgrenzungsposten	5.271.826,86	6.786.208,04	8.290.245,89
Passive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	55.321.605,66	64.255.264,78	68.619.676,95
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
Nachrangige Verbindlichkeiten	17.476.013,70	32.285.585,19	40.806.038,88
Genussrechtkapital	312.630,00	637.270,00	947.640,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	79.470.000,00	59.605.000,00	26.545.000,00
Eigenkapital	375.474.047,67	373.692.635,89	370.929.663,47
Summe Passiva	6.090.837.615,80	6.108.372.015,61	5.968.894.557,88

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

1. Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale 18.717 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als drei Monate bis ein Jahr 25.000 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 9.000 Tsd. EUR
- Nachrangige Forderungen 9.321 Tsd. EUR

2. Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen 1.674 Tsd. EUR
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 14.500 Tsd. EUR
- Nachrangige Forderungen 3.000 Tsd. EUR

3. Schuldverschreibungen und an festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2013 fällig werden 89.812 Tsd. EUR
- Börsennotierte Wertpapiere 733.526 Tsd. EUR
- Nicht börsennotierte Wertpapiere 10.149 Tsd. EUR

4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

- Spezialfonds Novesia 100.000 Tsd. EUR

5. Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB auf die Angaben verzichtet.

6. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 HGB auf die Angaben und nach § 296 Abs. 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

7. Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

8. Sachanlagen

- Grundstücke und Bauten 51.654 Tsd. EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 8.161 Tsd. EUR

9. Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag
und niedrigem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten 2.240 Tsd. EUR

Passiva:

a) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der
eigenen Girozentrale 108.255 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit
bis 3 Monate 30.167 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit
mehr als drei Monate bis ein Jahr 84.152 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 702.950 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit
mehr als 5 Jahre 409.095 Tsd. EUR

b) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen
Unternehmen 48 Tsd. EUR
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit
denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 3.187 Tsd. EUR

Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten mit
folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate 71.114 Tsd. EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr 907.472 Tsd. EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 12.698 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre 3.828 Tsd. EUR

Andere Verbindlichkeiten mit folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate 70.977 Tsd. EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr 63.741 Tsd. EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 131.196 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre 110.209 Tsd. EUR

c) Verbriefte Verbindlichkeiten 329 Tsd. EUR

d) Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

e) Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 3.573 Tsd. EUR (im Vorjahr: 4.406 Tsd. EUR) enthalten.

f) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,59 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 12.230 Tsd. EUR zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 1.340 Tsd. EUR angefallen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 Euro	2011 Euro	2010 Euro
Zinserträge	238.965.218,50	253.170.732,06	253.861.747,36
laufende Erträge	3.037.549,73	5.836.936,07	5.664.109,13
Provisionserträge	36.045.126,52	37.135.111,32	35.128.617,67
sonst. betriebliche Erträge	6.215.960,77	5.617.413,70	6.448.638,45
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,00	0,00	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	2.549.787,99	5.695.106,86	0,00
Zinsaufwendungen	121.085.002,10	127.653.805,69	123.236.784,60
Provisionsaufwendungen	2.951.304,97	3.150.872,19	3.917.390,35
Nettoaufwand des Handelsbestand	0,00	0,00	609.251,00
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	100.020.909,64	97.605.172,24	98.059.596,35
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	7.300.710,59	7.606.040,31	7.965.160,90
sonst. betriebliche Aufwendungen	8.968.906,44	8.710.790,76	5.920.369,53
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und best. Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	2.549.787,99	0,00	14.049.651,10
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	2.999.239,92	10.038.682,42	1.162.678,44
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	19.865.000,00	33.060.000,00	23.160.000,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	18.522.993,87	19.629.936,40	23.022.230,34
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	2.046.817,51
Steueraufwand	12.741.582,08	13.866.963,98	15.032.098,97
Jahresüberschuss	5.781.411,79	5.762.972,42	5.943.313,86
Bilanzgewinn	5.781.411,79	5.762.972,42	5.943.313,86

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Geschäftsentwicklung

Die anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa und die in diesem Zusammenhang erfolgten Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) führten zu schwierigen und die Ertragslage belastenden Rahmenbedingungen. Durch das historische Tief des Zinsniveaus geriet der Zinsüberschuss unter Druck und entwickelte sich weiter rückläufig. Auf Basis einer kontinuierlich guten Entwicklung des Kundengeschäfts und einem spürbar verbesserten Bewertungsergebnis konnte die Sparkasse Neuss aber einen stabilen Jahresüberschuss ausweisen.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch einen Abbau der Wertpapieranlagen verringerte sich, trotz Zuwächsen im Kreditgeschäft, die Bilanzsumme im abgelaufenen Berichtsjahr von 6.108,4 Mio. EUR auf 6.090,8 Mio. EUR (-0,3 %). Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) sank zum Jahresende auf 6.165,5 Mio. EUR (Vorjahr: 6.193,1 Mio. EUR).

Kundenkredite

Vor allem die durch die niedrigen Zinsen getriebene private Baufinanzierung beflügelte das Neugeschäft und führte zu einer weiteren Steigerung der Gesamtausleihen im Kundengeschäft. Darüber hinaus ist die Sparkasse Neuss weiterhin ein führender Ansprechpartner für zinsbegünstigte Fördermittel. Das Kundenkreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden, Treuhandkrediten, Wechseln und Eventualverbindlichkeiten stieg, unter Berücksichtigung von Tilgungsrückflüssen in Höhe von 441,1 Mio. EUR, um 101,4 Mio. EUR (+2,1 %) auf 4.990,9 Mio. EUR an. Die offenen Kreditzusagen liegen mit 227,9 Mio. EUR fast 10 % über dem Wert des Vorjahres (207,5 Mio. EUR).

Kundeneinlagen

Auch im Einlagengeschäft konnte die Sparkasse eine erfreuliche Entwicklung verzeichnen. Die Kundeneinlagen (ohne Refinanzierungsdarlehen) inklusive der Eigenemissionen der Sparkasse stiegen um 79,5 Mio. EUR (+1,9 %) auf 4.201,7 Mio. EUR. Grund hierfür war der starke Anstieg der täglich fälligen Einlagen mit einem Plus von 206,7 Mio. EUR. Dabei wurden von den Kunden 126,0 Mio. EUR aus den befristeten Einlagen umgeschichtet. Nach einem Rückgang der Spareinlagen im Vorjahr konnte hier ein leichter Anstieg von 5,6 Mio. EUR verzeichnet werden. Abgebaut wurden Bestände bei den hauseigenen Inhaberschuldverschreibungen (-5,6 Mio. EUR).

Eigene Wertpapieranlagen

Zum Ausgleich der gestiegenen Kreditvergaben und auslaufenden Refinanzierungen wurde der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 73,6 Mio. EUR auf 743,7 Mio. EUR zurückgefahren. Dabei handelt es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve, die auch zur kurzfristigen Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zur Verfügung stehen. Der Bestand an anderen nicht

festverzinslichen Wertpapieren ist mit 100,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Beteiligungen

Durch Anpassungen bei den Wertansätzen sowie Umschichtung in den Spezialfonds verringerte sich der Buchwertansatz der Beteiligungen von 97,0 Mio. EUR auf 90,8 Mio. EUR.

Interbankengeschäft

Durch die Nichtverlängerung fälliger Refinanzierungen gingen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf 1.329,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1.436,2 Mio. EUR) zurück. Durch weitere kurzfristige Festgeldanlagen stiegen die Forderungen an Kreditinstitute leicht auf 46,1 Mio. EUR (Vorjahr: 37,8 Mio. EUR).

Rücklagen

Die Rücklagen haben sich mit Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 1,8 Mio. EUR auf 369,7 Mio. EUR erhöht.

Ertragslage

Mit einem Bilanzgewinn wie im Vorjahr von 5,8 Mio. EUR hat die Sparkasse erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Die Erfolgskomponenten, die zu dem Bilanzgewinn führten, sind der Darstellung der Ertragslage zu entnehmen.

Kundenwertpapiere

Der Saldo aus den An- und Verkäufen von Kundenwertpapieren war erstmals seit 2008 wieder negativ (-2,2 Mio. EUR). Das Umsatzvolumen ging um 166,6 Mio. EUR auf 305,3 Mio. EUR zurück. Gefragt waren bei den Kunden vornehmlich festverzinsliche Wertpapiere. Bei stark rückläufigem Umsatzvolumen von 141,6 Mio. EUR (Vorjahr: 278,7 Mio. EUR) war der Nettoabsatz in diesem Segment mit 4,3 Mio. EUR noch leicht positiv (Vorjahr: +36,0 Mio. EUR). Der Bestand an Investmentfonds und Aktien verzeichnete einen Rückgang in Höhe von 6,5 Mio. EUR.

Verbundgeschäft

Im Geschäft mit den Produkten der Verbundpartner Landesbausparkasse (LBS) und Provinzial Rheinland Versicherungen konnte das hohe Niveau des Vorjahres nicht erreicht werden.

Die Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen ging um 7,9 Mio. EUR auf ein Gesamtvolumen von 34,2 Mio. EUR zurück. Das Gesamtvolumen an vermittelten Bausparverträgen lag mit 102,6 Mio. EUR 11,2 Mio. EUR unter dem Vorjahresergebnis.

Das Volumen der in Zusammenarbeit mit der LBS vermittelten Immobiliengeschäfte erreichte mit 31,0 Mio. EUR das Niveau des Vorjahres (30,8 Mio. EUR).

Prognosebericht

Die konjunkturellen Perspektiven haben sich in Deutschland vor dem Hintergrund der europäischen Staatsschuldenkrise eingetrübt. Die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft spricht aber dafür, dass sie die vorübergehende Schwächephase ohne große Schäden insbesondere am Arbeitsmarkt übersteht. Voraussetzung ist jedoch, dass sich die Schulden- und Bankenkrise im Euro-Gebiet nicht erneut verschärfen und die Konsolidierungs- und Reformanstrengungen anhalten.

Nach einer verhaltenen Entwicklung des BIP in 2012 wird für 2013 mit einem Wachstum auf Vorjahresniveau und für 2014 mit einem sich wieder langsam verstärkenden Wirtschaftswachstum von 1,9 % gerechnet. Die Wirtschaftsprognosen sollten jedoch nicht zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Im Jahresdurchschnitt könnte sich gegenüber dem Vorjahr jedoch ein leichter Anstieg der Arbeitslosenquote ergeben.

Der Preisanstieg dürfte bei stabilen bzw. leicht rückläufigen Rohölnotierungen mit 1,5 % im Jahr 2013 und 1,6 % im Jahr 2014 moderat ausfallen.

Unter Berücksichtigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes werden von der Europäischen Zentralbank nur kleine Zinsschritte erwartet. Die Sparkasse Neuss rechnet mit einem höheren Zinsniveau als 2012 und einer steileren Zinsstruktur.

Bei der Planung zur Geschäftsentwicklung der Jahre 2013 und 2014 orientiert sich die Sparkasse Neuss an den Einschätzungen ihrer Markt- und Fachbereiche. Das Planungsszenario wird nach den Vorgaben des DSGVO-Betriebsvergleichs aufgestellt. Die Planungsgenauigkeit nimmt ab, je weiter der betrachtete Zeitraum in der Zukunft liegt. Findet eine von den Prämissen abweichende Entwicklung statt, werden die tatsächlichen Ergebnisse unter Umständen von dem ursprünglich erwarteten Szenario abweichen. Die Sparkasse verfügt jedoch über Instrumente und Prozesse, mit denen Abweichungen von den Erwartungen erkannt und analysiert werden können. Anhand der Erkenntnisse kann ggf. steuernd eingegriffen werden.

Als regional verankertes Kreditinstitut und Marktführer vor Ort wird für die Folgejahre mit einer moderaten Geschäftsausweitung gerechnet.

Die Sparkasse Neuss erwartet insgesamt eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ein verhalten positives Wirtschaftswachstum. Die konjunkturelle Erholung wird jedoch von der Beherrschung der Probleme im Euroraum abhängig sein. Die Sparkasse Neuss wird vor diesem Hintergrund auf der Basis von persönlichen Kundenbeziehungen und gegenseitigem Vertrauen vor allem die Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen im Geschäftsgebiet bei Bedarf kreditmäßig wieder angemessen unterstützen.

Im Kundenkreditgeschäft wird im Jahr 2013 und in den Folgejahren ein moderates Wachstum erwartet. Das Einlagenvolumen aus dem Kundengeschäft wird leicht höher prognostiziert.

Für das Eigengeschäft ist 2013 bis 2015 keine Volumenausweitung vorgesehen.

Die durchschnittliche Bilanzsumme im Jahr 2013 wird gegenüber dem Vorjahr geringfügig sinken. Für 2014 wird mit einem leichten Wachstum gerechnet.

Der Zinsüberschuss – als wichtigste Ertragskomponente – wird auf Basis der Geschäftsplanung und der Zinserwartung im Jahr 2013 moderat höher ausfallen als im Vorjahr. Für 2014 wird gegenüber 2013 ebenfalls ein höheres Ergebnis erwartet.

Im Betrachtungszeitraum wird der Provisionsüberschuss voraussichtlich über dem Ergebnis des Vorjahres liegen. Mit einer weiteren Fokussierung auf das Privatkundengeschäft und dem Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes wird auch in den Folgejahren mit einem leicht steigenden Provisionsüberschuss gerechnet.

Der Personalaufwand 2013 wird über dem des Vorjahres liegen. Auch in den Folgejahren wird mit steigenden Personalkosten gerechnet. Beim Sachaufwand erwartet die Sparkasse Neuss aufgrund der Budgetplanung im Jahr 2013 eine Steigerung gegenüber 2012. Für 2014 wird ebenfalls mit einem höheren Sachaufwand gerechnet.

Zusammengefasst geht die Sparkasse auf Basis der Annahmen für die Jahre 2013 und 2014 von einem Betriebsergebnis vor Bewertung auf Vorjahresniveau aus.

Das Wertpapiereigengeschäft der Sparkasse Neuss ist von großer Vorsicht geprägt. Es besteht kein Engagement in Anleihen aus wirtschaftlich schwachen Eurostaaten, die zu außergewöhnlichen Abschreibungen führen könnten. Das von der Sparkasse prognostizierte leicht steigende Zinsniveau wird in den Laufzeiten der Eigenanlagen Berücksichtigung finden. Höhere zinsinduzierte Abschreibungen werden dadurch begrenzt. Vor diesem Hintergrund wird für 2013 nur ein vertretbarer Abschreibungsbedarf erwartet.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren. Aufgrund der Qualität des Kreditportfolios geht die Sparkasse derzeit nicht von außergewöhnlich hohen Belastungen aus. Gegenüber dem sehr niedrigen Vorjahresergebnis wird dennoch mit einem höheren Vorsorgebedarf gerechnet.

Für das Jahr 2013 und in den Folgejahren werden für das neutrale Ergebnis keine außergewöhnlichen Positionen eingeplant.

Zur Abdeckung der Risiken der WestLB Abwicklungsanstalt erhielten die Sparkassen 25 Jahre Zeit, einen Teil ihres Gewinns anzusparen, um ihn im Zweifelsfall für Verluste der Abwicklungsanstalt verwenden zu können. Daher wird die Sparkasse Neuss aus ihrem Jahresergebnis der kommenden Jahre ebenfalls Beträge in vergleichbarer Höhe des Vorjahresbetrages für diesen Zweck zurücklegen.

Der Jahresüberschuss 2013 wird aufgrund der bisherigen Erkenntnisse insgesamt geringer ausfallen als im Vorjahr. In den Folgejahren wird mit einem steigenden Jahresüberschuss gerechnet.

Als Chancen oder Risiken im Sinne dieses Prognoseberichts werden mögliche positive oder negative Abweichungen von den dargestellten Erwartungen verstanden.

Chancen sieht die Sparkasse Neuss in der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere in der Beherrschung der europäischen Schuldenkrise. Unter der Voraussetzung, dass die Weltwirtschaft ihre Wachstumsdelle und

dass größere negative Überraschungen im Euro-Raum ausbleiben, sollte das Vertrauen wieder hergestellt werden und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zunehmen. Dann dürfte sich das Wachstum in Deutschland auch wieder verstärken. Von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten zudem das Kreditgeschäft und das Einlagengeschäft sowie das Verbundgeschäft profitieren. Dies könnte zu einem höheren Zinsüberschuss und einer Ausweitung des Provisi- onsergebnisses führen.

Risiken liegen in der unternehmerischen und banküblichen Gefahr, die prognosti- zierten Unternehmensergebnisse nicht zu erreichen. Neben den in der Risikobericht- erstattung dargestellten Risiken stellt eine weitergehende Euro-Staatsschuldenkrise das größte Risiko für die Konjunktorentwicklung im Euroraum dar. Die ungelösten Probleme in einer Reihe von wichtigen Industrieländern sowie geopolitische Konflikte im Nahen und Fernen Osten erhöhen die Unsicherheit. Notwendig werdende weitere Rettungsmaßnahmen, die wiederum zusätzliche Sparbemühungen und Strukture- formen erforderlich machen würden, könnten die Realwirtschaft weiter belasten.

Darüber hinaus liegen latente Risiken in einem sich weiter verschärfenden Konditio- nenwettbewerb. Die Sparkasse als Marktführer vor Ort bildet hier den natürlichen Hauptangriffspunkt im Kampf um Marktanteile.

Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwa- chungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Regionale Bahngesellschaft Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann – Wuppertal mbH (Regio-Bahn)

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1992
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 11. April 2011
Handelsregister	HRB 14133 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Schienenverkehrs auf der Strecke Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann in eigener Trägerschaft und die Sicherstellung eines auf die Marktbedürfnisse zugeschnittenen Betriebes auf dieser Strecke. Sie kann sich zu diesem Zweck an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen sowie Geschäfte aller Art tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar förderlich sind. Im Falle einer Verlängerung der Strecke über die derzeitig vorgesehenen Endpunkte in Kaarst und Mettmann hinaus oder im Falle der Eröffnung sonstiger Zweigstrecken, gehören die Einrichtungen und Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs und die Sicherstellung des Betriebes auf neuen Teilstücken ebenfalls zum Gegenstand des Unternehmens.

Öffentliche Zwecksetzung

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital³ beträgt 28 Tsd. EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

³ Der in der Bilanz ausgewiesene Beteiligungswert zum 31.12.2012 beläuft sich auf 322.540,79 Euro entsprechend eine Bewertung nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode.

Gesellschafter	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Stadt Düsseldorf	9.800,00	35,00%
Kreis Mettmann	5.600,00	20,00%
Rhein-Kreis Neuss	3.300,00	11,80%
Stadt Kaarst	3.250,00	11,60%
Stadtwerke Neuss GmbH	3.250,00	11,60%
WSW mobil GmbH	2.800,00	10,00%
Summe	28.000,00	100,00%

Beteiligungen der Gesellschaft

Beteiligung	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, Mettmann (HRB 19431 - Amtsgericht Wuppertal)	25.000,00	100%

Zwischen der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH wurde am 16.12.2005 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der mit Eintragung in das Handelsregister am 08.02.2006 wirksam wurde. Der Ergebnisabführungsvertrag wurde einvernehmlich von der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2010 aufgehoben.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist im Berichtsjahr Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus zehn Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann und je einer vom Rhein-Kreis Neuss, Stadtwerke Neuss GmbH, Stadt Kaarst und Wuppertaler Stadtwerke AG bestellt werde.

Die Stadt Kaarst wird im Berichtsjahr durch Herrn Christian Horn im Aufsichtsrat vertreten. Stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied ist Herr Jörg Löhler.

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Joachim Korn
Dipl.-Ing. Wolfgang Teubner

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte im für das Berichtsjahr maßgeblichen Zeitraum durchschnittlich 16 Angestellte.

2010	2011	2012
15	14	16

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Als Gesellschafter der Regio-Bahn GmbH verpflichtet sich die Stadt Kaarst gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages, ein evtl. bei der Gesellschaft entstehendes Defizit unverzüglich auszugleichen.

Die Stadt Kaarst brauchte jedoch im Berichtsjahr 2012 aufgrund des positiven Ergebnisses der Gesellschaft keine Ausgleichszahlung zu leisten.

Das Jahresergebnis 2012 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	69.763,00	135.606,48	153.317,48
II. Sachanlagen	31.568.382,99	29.714.337,63	27.845.849,02
III. Finanzanlagen	25.000,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>31.663.145,99</u>	<u>29.849.944,11</u>	<u>27.999.166,50</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	11.025,00	5.800,00	11.550,00
II. Forderungen und sonstige	4.362.215,33	259.876,09	403.319,42
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	770,23	456.756,20	31.619,45
Summe Umlaufvermögen	<u>4.374.010,56</u>	<u>722.432,29</u>	<u>446.488,87</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	144.540,16	80.990,00	129.444,01
Bilanzsumme Aktiva	36.181.696,71	30.653.366,40	28.575.099,38
PASSIVA	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.000,00	28.000,00	28.000,00
II. Kapitalrücklage	2.932.793,60	2.932.793,60	2.932.793,60
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	646.576,96	1.027.955,66	1.403.857,87
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	381.378,70	375.902,21	-229.954,18
Summe Eigenkapital	<u>3.988.749,26</u>	<u>4.364.651,47</u>	<u>4.134.697,29</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	21.830.230,78	20.755.245,78	18.984.942,78
C. Rückstellungen	475.666,00	314.875,00	280.800,00
D. Verbindlichkeiten	9.375.045,67	4.740.723,15	4.730.922,31
E. Rechnungsabgrenzungsposten	512.005,00	477.871,00	443.737,00
Bilanzsumme Passiva	36.181.696,71	30.653.366,40	28.575.099,38

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.078 Tsd. EUR, bzw. um 6,8 % auf 28.575 Tsd. EUR vermindert.

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände stehen den Zugängen von 45 Tsd. EUR Abschreibungen von 28 Tsd. EUR gegenüber.

Bei den Sachanlagen stehen den Investitionen von 690 Tsd. EUR Abschreibungen in Höhe von 2.558 Tsd. EUR gegenüber, sodass sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 1.868 Tsd. EUR auf 27.846 Tsd. EUR verminderte.

Die Investitionen betreffen im Wesentlichen den Bau einer Zugangsrampe für Schwerbehinderte (230 Tsd. EUR), die Errichtung der Brücke Morper Str., Düsseldorf Gerresheim (129 Tsd. EUR), der Neubau der Eisenbahnbrücke Nordkanal Kaarst (53 Tsd. EUR), das Fahrgast-Informationssystem (45 Tsd. EUR) sowie der Radweg Mettmann – Düsseldorf Gerresheim (77 Tsd. EUR).

Für die Investitionen in den Bau der Behindertenrampe am Haltepunkt Erkrath Nord, den Neubau der Brücke Nordkanal in Kaarst und die Erstellung eines Fahrgast-Informationssystems wurden Fördermittel gemäß § 12 ÖPNVG NRW beim VRR angemeldet.

Für die Errichtung einer behindertengerechten Zugangsrampe am Haltepunkt Erkrath Nord und für die Erstellung eines Fahrgast-Informationssystems hat die Gesellschaft Mittelzuwendungen in Höhe von 274 Tsd. EUR erhalten. Die Förderquote beträgt bei beiden Vorhaben 85 % des Investitionsvolumens.

2. Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistung	192.334,67 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0 €

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen im Vorjahr die Regiobahn Fahrbetrieb.

Sonstige Vermögensgegenstände	210.984,75 €
-------------------------------	--------------

Passiva:

1. Eigenkapital

Im Berichtsjahr 2012 wurde kein Betrag aus der Kapitalrücklage entnommen, somit bleibt diese unverändert.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 229.954,18 € wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Sonderposten

Die Zugänge betreffen mit 253.100,00 € den Mittelabruf für das Haushaltsjahr 2012 aus dem Investitionszuschuss der Verkehrsbund Rhein-Ruhr AöR, Gelsenkirchen, (VRR) für die Errichtung eines behindertengerechten Zugangs am Haltepunkt Erkrath-Nord. Ein weiterer Mittelabruf in Höhe 80.400,00 € ist für das Haushaltsjahr 2013 vorgesehen.

Ein weiterer Zugang in Höhe von 21.300,00 € betrifft den Mittelabruf aus dem Investitionszuschuss der VRR für die Anschaffung eines Fahrgastinformationssystems. Für das Haushaltsjahr 2013 sind weitere Mittelabrufe in Höhe von 37.000,00 € vorgesehen.

3. Rückstellungen

Steuerrückstellungen für Gewerbesteuer für das Jahr 2012 wurden in Höhe von 24.725,00 € gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen sind der beigefügten Übersicht zu entnehmen:

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

	Stand 01.01.2012	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2012
	€	€	€	€	€
Versicherungs- beiträge	114.700,00	0,00	11.900,00	0,00	102.800,00
Ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	60.000,00	60.000,00
Spitzabrechnung VRR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Brückensanierung	45.100,00	45.088,31	11,69	0,00	0,00
Altersteilzeit	24.400,00	24.400,00	0,00	0,00	0,00
Jahresabschluss- kosten	39.000,00	38.327,50	672,50	39.000,00	39.000,00
Aufbewahrungs- rückstellung	20.000,00	0,00	0,00	0,00	20.000,00
Urlaubsansprüche	15.200,00	15.200,00	0,00	20.200,00	20.200,00
Übrige	31.750,00	31.363,66	386,34	38.800,00	38.800,00
	290.150,00	154.379,47	12.970,53	158.000,00	280.800,00

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich in

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 3.425.011,57 €
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 728.641,39 €
- Sonstige Verbindlichkeiten 577.269,35 €

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2010 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2012 EUR
1. Umsatzerlöse	5.079.240,94	4.328.263,16	3.866.529,36
2. sonstige betriebliche Erträge	11.536.526,39	2.414.866,23	2.415.965,86
3. Personalaufwand	-941.365,63	-868.218,50	-875.476,86
4. Abschreibungen	-3.785.072,91	-2.611.619,73	-2.585.666,04
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.088.545,16	-2.656.018,49	-2.927.681,53
Betriebsergebnis	800.783,63	607.272,67	-106.329,21
6. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.015,53	905,24	1.246,03
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-387.889,26	-180.167,61	-150.614,62
9. Aufwendungen aus Beteiligungen	-29.482,13	0,00	0,00
Finanzergebnis	-416.355,86	-179.262,37	-149.368,59
Ergebnis der gewöhnlichen			
10. Geschäftstätigkeit	384.427,77	428.010,30	-255.697,80
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
	-2.116,00	-51.157,00	26.388,62
12. sonstige Steuern	-933,07	-951,09	-645,00
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	381.378,70	375.902,21	-229.954,18

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 461 Tsd. EUR bzw. 10,7 % auf 3.867 Tsd. EUR vermindert und setzen sich wie folgt zusammen:

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

	2011	2012
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Erlöse aus:		
Infrastrukturleistungen für die Regiobahn Fahrbetrieb	3.773	3.638
Überlassung von Fahrzeugen und Betriebshalle an die Regiobahn Fahrbetrieb	243	60
Geschäftsbesorgung für die Regiobahn Fahrbetrieb	162	15
Nutzung von Anlagen und Trassen	150	154
Erlösschmälerungen für Vorjahre	0	0
	<u>4.328</u>	<u>3.867</u>

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge werden im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (2.045 Tsd. EUR) sowie Miet- und Grundstückserträge (110 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Der **Personalaufwand** verminderte sich um 7 Tsd. EUR bzw. 0,8 % auf 875 Tsd. EUR.

Die **Abschreibungen** betragen 2.586 Tsd. EUR und liegen damit annähernd auf Vorjahresniveau.

Die Erhöhung der **übrigen Aufwendungen** um 271 Tsd. EUR ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Instandhaltungen und Reparaturen zurückzuführen.

Das **Betriebsergebnis** verminderte sich bei um 460 Tsd. EUR gesunkenen Erträgen und um 252 Tsd. EUR höheren betrieblichen Aufwendungen auf -106 Tsd. EUR (Vorjahr: 606 Tsd. EUR).

Das **Finanzergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zinserträge	1	1
Zinsaufwendungen	-151	-180
Ergebnisübernahme Regiobahn Fahrbetrieb	0	0
	<u>-150</u>	<u>-179</u>

Das Finanzergebnis ist durch Zinsaufwendungen aufgrund der Bankdarlehen geprägt.

Die **Ertragssteuern** in Höhe von 26 Tsd. EUR betreffen die Gewerbesteuererstattungen für die Jahre 2010 und 2011. Der Körperschaftssteuerliche Verlustvortrag beträgt zum 31. Dezember 2012 690 Tsd. EUR und der gewerbesteuerliche Verlustvortrag 256 Tsd. EUR.

Die Regio-Bahn GmbH schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem **Jahresergebnis** von -230 Tsd. EUR ab.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Der Verkehrsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen hat am 07. März 2013 sein Einvernehmen zur Feststellung der Verlängerung der Regiobahn von Mettmann nach Wuppertal als Investitionsmaßnahme im besonderen Landesinteresse nach § 13 ÖPNVG NRW erklärt. Die Gesellschaft wurde aufgefordert, bis zum 15. Mai 2013 einen Finanzierungsantrag für diese Maßnahme bei der VRR AöR einzureichen.

Mit den Rheinischen Kalkwerken (Rheinkalk) wurde bereits im Jahr 2005 ein Vertrag über den Kauf einer Bodenhalde zur Herstellung der erforderlichen Bahntrasse geschlossen. Der Vertrag ist zurzeit schwebend unwirksam, da er an die Voraussetzungen der Finanzierung und Plangenehmigung des Bauvorhabens gebunden ist. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald ein Bewilligungsbescheid für das Vorhaben vorliegt.

Neben der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal ist, ausgehend vom anderen Endhaltepunkt der Linie S28 Kaarster See, eine Streckenverlängerung nach Viersen bzw. Venlo geplant. Im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Untersuchung wurde die gesamtwirtschaftliche Sinnhaftigkeit für das Projekt eindeutig nachgewiesen. Es wurde ein Kosten-Nutzen-Indikator von 2,14 ermittelt. Für die Wiederinbetriebnahme der ehemaligen Streckenverbindung Kaarster See nach Viersen ist der Bau von ca. 12 km Gleisanlagen als ein- bzw. zweigleisiger Abschnitt, zwei Haltepunkten in Willich-Schiefbahn und Neersen und ein neuer Bahnsteig im Bahnhof Viersen vorgesehen. Die Baukosten sind mit ca. 57 Mio. EUR veranschlagt.

Der Stadtrat der Stadt Neuss hat im Februar 2012 die Stadtverwaltung Neuss beauftragt, die konkreten Vorbereitungen für den Bau eines neuen Haltepunktes der Regiobahn an der Morgensternsheide in Neuss einzuleiten. Die Maßnahme soll das Vorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW gefördert werden.

Im Jahr 2009 wurde ein Vertrag mit der NordWestBahn GmbH für die Nutzung der Servicestation der Gesellschaft in Mettmann Stadtwald geschlossen. Die NordWestBahn hat im Dezember 2009 für 16 Jahre den Fahrbetrieb auf den Linien RE10 von Kleve nach Düsseldorf Hbf und RB31 von Duisburg Hbf nach Xanten übernommen.

Die Wartung und Außenreinigung der dort eingesetzten LINT-Triebfahrzeuge wird seitdem zum Teil in der Servicestation der Gesellschaft durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde die Servicestation im Jahr 2009 ausgebaut. Die Gesellschaft hat ferner Lager-, Büro- und Sozialräume errichtet und vermietet diese seit dem 01. Juli 2010 an die NordWestBahn GmbH. Die Finanzierung der Lager-, Büro- und Sozialräume erfolgte über ein Darlehen, welches im Geschäftsjahr 2010 von der Gesellschaft aufgenommen wurde.

Die Gesellschaft erneuert derzeit Gleis- und Weichenanlagen im Güterbahnhof Dornap-Hahnenfurth. Das Land NRW bezuschusst diese Maßnahme im Rahmen der NE Infrastrukturförderung mit einer Förderquote von 50 %. Bisher wurden rund 590 Tsd. EUR ausgegeben. Die Gesellschaft hat hierfür Fördergelder von 270 Tsd. EUR erhalten. Für die abschließenden Arbeiten im Geschäftsjahr 2013 sind Aufwendungen von 535 Tsd. EUR geplant, welche mit 267,5 Tsd. EUR bezuschusst werden.

Auch im Geschäftsjahr 2013 wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

Als Investitionsschwerpunkt im Geschäftsjahr 2013 ist die Einrichtung eines Dynamischen Fahrgastinformationssystems (DFI) am Neanderthal-Museum vorgesehen.

Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2010
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 08. Oktober 2010
Handelsregister	HRB 19431 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erfüllung von im allgemeinen Interesse liegenden SPNV-Leistungen. Die Gesellschaft erbringt insoweit ausschließlich auf der Grundlage von Verkehrsverträgen mit dem VVR Betriebsleistungen des Schienenverkehrs auf der Strecke S28 und weiteren Strecken, die räumlich im materiellen Zuständigkeitsbereich der VRR gelegen sind und deren Betrieb mit der für die Gesellschafter geltenden Gemeindeordnung und der Kreisordnung in Einklang steht.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Düsseldorf	9.750,00 €	39,00
Rhein-Kreis Neuss	6.500,00 €	26,00
Kreis Mettmann	5.550,00 €	22,20
Stadt Kaarst	3.200,00 €	12,80

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus neun stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann, zwei vom Rhein-Kreis Neuss und einer von der Stadt Kaarst entsendet werden. Darüber hinaus entsendet der Verkehrsbund Rhein-Ruhr ein beratendes Mitglied.

Geschäftsführer

Ulrich Bergmann
Jürgen Hambuch

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte in 2012 durchschnittlich 12 Angestellte.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Es kam im Berichtsjahr zu keinerlei Zahlungsströmen.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2012
	EUR
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	79.267,00
II. Sachanlagen	9.705.285,69
III. Finanzanlagen	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>9.784.552,69</u>
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	64.180,00
II. Forderungen und sonstige	1.605.668,70
III. Wertpapiere	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	3.030.960,32
Summe Umlaufvermögen	<u>4.700.809,02</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	257,00
Bilanzsumme Aktiva	14.485.618,71

PASSIVA	31.12.2012
	EUR
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	106.671,59
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	52.848,19
Summe Eigenkapital	<u>184.519,78</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.534.248,00
C. Rückstellungen	1.266.900,00
D. Verbindlichkeiten	4.314.661,93
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.185.289,00
Bilanzsumme Passiva	14.485.618,71

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	13.911.057,51	14.449.919,29	13.827.536,71
2. sonstige betriebliche Erträge	159.307,38	1.023.747,40	961.694,37
3. Materialaufwand	-13.596.318,95	-13.036.207,70	-12.457.133,51
4. Personalaufwand	-114.283,10	-246.973,85	-587.857,20
5. Abschreibungen	-8.476,00	-1.251.006,54	-1.059.632,43
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-382.895,01	-554.569,15	-485.605,51
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.527,38	3.220,94	12.724,47
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-401,34	-185.669,61	-164.976,61
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-29.482,13	202.460,78	46.750,29
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
	0,00	-95.789,17	6.456,90
11. Erträge aus Verlustübernahme	29.482,13	0,00	0,00
12. Sonstige Steuern	0,00	0,00	-359,00
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	106.671,61	52.848,19

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Nach Gründung der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, seinerzeit als Tochterunternehmen der Regiobahn GmbH, wurde die Durchführung der Eisenbahnverkehrsleistung auf der Linie S 28 auf die Gesellschaft übertragen. In diesem Zusammenhang wurden keine zusätzlichen Aufgaben von der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übernommen, so dass auch keine Erweiterung hinsichtlich des Umfangs der erkennbaren Risiken eingetreten ist.

Laut dem am 08. Oktober 2010 abgeschlossenen Geschäftsanteilskauf- und –abtretungsvertrag wurden die Geschäftsanteile der Regiobahn GmbH an die Landeshauptstadt Düsseldorf (39,0 %), den Rhein-Kreis Neuss (26,0 %), den Kreis Mettmann (22,2%) und die Stadt Kaarst (12,8 %) veräußert und der Ergebnisabführungsvertrag mit der Regiobahn GmbH einvernehmlich aufgehoben. Damit werden Jahresüberschüsse seit dem Geschäftsjahr 2011 nicht mehr an die Regiobahn GmbH abgeführt bzw. Jahresfehlbeträge werden nicht mehr von der Regiobahn GmbH ausgeglichen.

Laut dem mit der VRR AöR abgeschlossenen Inhouse-Verkehrsvertrag erfolgt die Erstattung der Fahrbetriebsleistung auf der Basis eines vereinbarten Zugkilometerpreises für die erbrachte Leistung. Dies hat unter anderem zur Folge, dass die Gesellschaft die Risiken und Chancen aufgrund von unterjährigen Preisschwankungen

bei der Dieselbeschaffung jetzt selbst trägt. Laut dem Vertrag erfolgt eine jährliche Preisfortschreibung der Energiekosten auf der Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Preisindices für Energiebezugskosten des jeweiligen Vorjahres. Hinsichtlich der Personalkosten gibt es jedenfalls eine Preisanpassungsregelung im Verkehrsvertrag, welche auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indices beruht.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde eine Änderungsvereinbarung zum Inhouse-Verkehrsvertrag mit der VRR-AöR abgeschlossen. Laut dieser Vereinbarung wird der nach Spitzabrechnung des abgelaufenen Verkehrsvertrags von 2009 bis 2011 verbleibende Anspruch der VRR AöR in Höhe von 2.330.174 EUR der Gesellschaft für zusätzliche Leistungen im aktuell bestehenden Inhouse-Verkehrsvertrag zur Verfügung gestellt. Diese zusätzlichen Leistungen bestehen darin, dass Fahrten an Samstagen zwischen 09:00 Uhr und 19:00 Uhr von der Gesellschaft in Doppeltraktion zu erbringen sind und dass die Zugbegleitquote erhöht wird. Der zur Verfügung gestellte Betrag ist zur Erbringung der zusätzlichen Leistungen festgeschrieben, so dass die Gesellschaft die Risiken und Chancen künftiger Preisentwicklungen selber trägt.

Das Eigentum an den 12 TALENT-Dieseltriebfahrzeugen der Regiobahn wurde am 31. Dezember 2010 von der Regiobahn GmbH auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übertragen. Die Regiobahn GmbH hatte für die Neuanschaffung der Triebfahrzeuge seinerzeit öffentliche Fördermittel erhalten. Mit Schreiben vom 17. September 2010 und vom 14. September 2010 hatte der Subventionsgeber einer Übertragung der Fahrzeuge zugestimmt und gleichzeitig klargestellt, dass die Regiobahn GmbH als Verkäufer Rechtsträger der gewährten Subvention bleibt und somit eine Übertragung des Subventionsverhältnisses auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH nicht in Betracht kommt. Die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH ist gegenüber dem Subventionsgeber dazu verpflichtet, die Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsdauer entsprechend dem Verwendungszweck für den Betrieb auf der Linie S28 einzusetzen. Die Zweckbindungsfrist für die Fahrzeuge endet spätestens am 30. Juni 2017.

Die Hauptuntersuchungen an den Triebfahrzeugen waren bisher Bestandteil der Subunternehmerleistung. Seit Dezember 2011 wird der Leistungsbestandteil von der Gesellschaft selbst erbracht. Die Hauptuntersuchungen an den Triebfahrzeugen sind grundsätzlich alle sechs Jahre durchzuführen, wobei in Abhängigkeit von dem Ergebnis einer Begutachtung der Fahrzeuge gemäß § 32 Nr. 3 EBO Verlängerungen von zwei Mal einem Jahr möglich sind. Es ist vorgesehen, die Hauptuntersuchungen an acht der zwölf Fahrzeuge in den Jahren 2014 und 2015 durchzuführen, die restlichen vier Fahrzeuge sollen dann im Jahr 2019 untersucht werden. Die Ausschreibung dieser Leistungen erfolgt im Geschäftsjahr 2013.

Der Verkehrsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen hat am 7. März 2013 sein Einvernehmen zur Feststellung der Verlängerung der Regiobahn von Mettmann nach Wuppertal als Investitionsmaßnahme im besonderen Landesinteresse nach § 13 ÖPNVG NRW erklärt. Die Regiobahn GmbH wurde aufgefordert, bis zum 15. Mai 2013 einen Finanzierungsantrag bei der VRR AöR für das Bauvorhaben einzureichen. Die Betriebsaufnahme auf der Streckenverlängerung der Linie S28 von Mettmann Stadtwald bis Wuppertal Hbf ist im Dezember 2016 vorgesehen. Die VRR AöR hat dem Grunde nach eine Zusage für die Übernahme der zusätzlichen Betriebskos-

ten bei einem 20-Minuten-Takt auf der Basis des bestehenden Verkehrsvertrags ab Betriebsaufnahme erteilt.

Die Regiobahn GmbH beabsichtigt darüber hinaus, die Strecke der Regiobahn vom Endhaltepunkt Kaarster See nach Viersen zu verlängern. Die Finanzierung der Betriebsleistungen ist für dieses Vorhaben noch nicht gesichert.

Vor dem Hintergrund der momentan konstanten Dieselpreisentwicklung kann im kommenden Geschäftsjahr wieder mit einem positiven Betriebsergebnis gerechnet werden.

Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Basisdaten

Anschrift	Meererhof 1 41460 Neuss
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1995
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 26. Oktober 1995
Handelsregister	HRB 8784 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Gesellschaft, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

Es gehört zu den Aufgaben des Unternehmens, den Nahverkehrsplan für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu erarbeiten und fortzuschreiben.

Öffentliche Zwecksetzung

Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital⁴ beträgt 25.564,59 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

⁴ Entsprechend der Bewertung nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode, beläuft sich der ausgewiesene Beteiligungswert in der städtischen Bilanz zum 31.12.2012 auf 2.097,48 Euro.

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Rhein-Kreis Neuss	8.436,32 €	33,00
Stadt Neuss	6.391,15 €	25,00
Stadt Grevenbroich	2.300,81 €	9,00
Stadt Dormagen	2.045,17 €	8,00
Stadt Meerbusch	2.045,17 €	8,00
Stadt Kaarst	1.533,88 €	6,00
Stadt Korschenbroich	1.278,23 €	5,00
Gemeinde Jüchen	1.022,58 €	4,00
Gemeinde Rommerskirchen	511,29 €	2,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Hans Ulrich Boehm für das Berichtsjahr.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht nach § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages aus 18 Mitgliedern, wovon jeder Gesellschafter zwei Mitglieder stellt.

Vertreter im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH waren für das Berichtsjahr Herr Lars Christoph und Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Geschäftsführer

Hans-Jürgen Petrauschke

Personalbestand

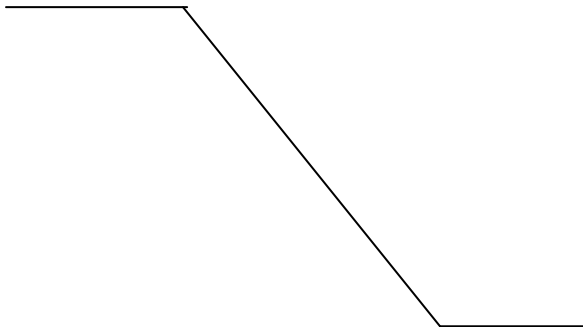
Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Umlage an die Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH betrug für das Berichtsjahr 677 Tsd. EUR.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	Passiva	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen Guthaben bei Kreditinstituten	62.621,26 € 1.714.783,22 €	54.232,48 € 1.487.649,38 €	Stammkapital	25.564,58 €	25.564,58 €
			Kapitalrücklage Jahresergebnis	74.379,42 € 0,00 €	74.379,42 € 0,00 €
			Rückstellungen	14.400,00 €	12.350,00 €
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00 €	0,00 €
			Verbindlichkeiten geg. Gesellschaftern	1.663.060,48 €	1.429.587,86 €
	1.777.404,48 €	1.541.881,86 €		1.777.404,48 €	1.541.881,86 €



Gewinn- und Verlustrechnung

	2012	2011
sonst. betriebliche Erträge	7.022,70 €	5.146,79 €
sonst. betriebliche Aufwendungen	6.494,79 €	3.804,64 €
sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	262,04 €	262,04 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	789,95 €	1.604,19 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €
Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Die Gesellschaft hat – wie in den Vorjahren – namens und auf Rechnung des Rhein-Kreises Neuss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs abgewickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel

des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Berechnung und das Inkasso der von den Gesellschaftern aufzubringenden ÖPNV- und SPNV-Kosten und die Abrechnung mit dem Verkehrsbund Rhein-Ruhr.

Diese Tätigkeit führt nicht zu Umsätzen im Sinne des Umsatzsteuerrechtes.

Aus dieser Tätigkeit hat sich in diesem Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis ergeben.

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages trägt der Kreis insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft. Die Kosten werden in Rechnung gestellt.

Rückstellungen für sonstige betriebliche Aufwendungen wurden gebildet.

Das Personal der Gesellschaft besteht lediglich aus dem Geschäftsführer, dessen Tätigkeit bereits durch sein Hauptamt abgegolten ist.

Der Bestand der Gesellschaft war in den vergangenen Geschäftsjahren zu keiner Zeit gefährdet.

Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Moselstraße 14 41464 Neuss
Rechtsform	Kommanditgesellschaft
Gründungsjahr	1989
Gesellschaftsvertrag Handelsregister	in der Fassung vom 18.11.2009 HRA 4570 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz NRW für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen,
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen,
- für den Vertragspartner den in § 72 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Öffentliche Zwecksetzung

Produktion und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Rhein-Kreis Neuss als Sendegebiet.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital⁵ beträgt 770 Tsd. EUR und ist voll eingezahlt. Es wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

⁵ Der Beteiligungswert wurde in der Bilanz der Stadt Kaarst zum 31.12.2012 mit 15.911,29 Euro auf der Grundlage der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode ausgewiesen.

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co.KG	577.500,00 €	75,00
Rhein-Kreis Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Grevenbroich	15.400,00 €	2,00
Stadt Dormagen	15.400,00 €	2,00
Stadt Kaarst	15.400,00 €	2,00
Stadt Meerbusch	15.400,00 €	2,00
Stadt Korschenbroich	11.550,00 €	1,50
Gemeinde Jüchen	7.700,00 €	1,00
Gemeinde Rommerskirchen	3.850,00 €	0,50

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführer
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG ist die Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss, vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn Uwe Peltzer als persönlich haftende Gesellschafterin. Deren alleinige Gesellschafterin ist die Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH.

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung war im Berichtszeitraum Herr Hans-Ulrich Boehm (Bereich Finanzen).

Personalbestand

Bei der Gesellschaft waren für das Berichtsjahr 2012 durchschnittlich 4 Arbeitnehmer beschäftigt.

2010	2011	2012
5	4	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Von dem im Jahr 2011 erwirtschafteten Jahresüberschuss wurden im Berichtsjahr 2012 an die Stadt Kaarst anteilig 3.559,88 EUR Brutto ausgeschüttet.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Bilanz

AKTIVA	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	35.358,00	18.818,00	8.340,00
II. Sachanlagen			
1. Bauten auf fremden Grundstücken	1.018,00	808,00	594,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.617,00	53.508,00	51.277,00
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.000,00	26.000,00	26.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Waren	794,80	794,80	728,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	100.861,49	79.349,48	95.991,85
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	37.212,89	34.679,87	16.936,32
3. Sonstige Vermögensgegenstände	71.805,00	52.207,51	10.334,00
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	658.697,14	865.425,33	799.324,96
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14.096,42	10.671,63	4.316,68
Bilanzsumme AKTIVA	1.010.460,74	1.142.262,62	1.013.843,61

PASSIVA	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
A. Eigenkapital			
1. Kapitalanteile der Kommandantisten	770.000,00	770.000,00	770.000,00
2. Kapitalrücklagen	25.564,59	25.564,59	25.564,59
B. Sonderposten für aktivierte Anteile an der	26.000,00	26.000,00	26.000,00
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	41.281,00	34.895,53	28.315,61
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	71.726,74	66.358,39	84.180,81
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	54.775,05	194.277,56	61.451,21
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.397,63	1.068,29	1.973,59
4. Sonstige Verbindlichkeiten	19.715,73	24.098,26	16.357,80
Bilanzsumme PASSIVA	1.010.460,74	1.142.262,62	1.013.843,61

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme hat sich zum Stichtag um 177 Tsd. EUR auf 40 Tsd. EUR reduziert. Das Ergebnis wurde durch die Rückgänge der Umsatzerlöse Funk-Kombi West und radio NRW belastet.

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Die Zu- und Abgänge des Anlagevermögens betrafen hauptsächlich Ersatzbeschaffungen im Bereich Büroausstattung, Studioteknik und Werbemittel (22 Tsd. EUR). Insgesamt verringerte sich das Anlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um insgesamt 13 Tsd. EUR.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind – wie im Vorjahr - alle innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen entsprechen in voller Höhe Forderungen aus Lieferung und Leistung.

Passiva:

1. Rückstellungen

Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für Personal in Höhe von 14 Tsd. EUR und Prüfungskosten in Höhe von 11 Tsd. EUR.

2. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr alle innerhalb eines Jahres fällig. In den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 51 Tsd. EUR (Vorjahr: 150 Tsd. EUR) enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Zum Bilanzstichtag 2012 wird das gesamte Fremdkapital vollständig durch die liquiden Mittel gedeckt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.564.928,30	1.696.516,88	1.682.102,33
2. sonstige betrieblichen Erträge	9.775,47	24.980,57	11.933,62
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	58.910,54	51.511,12	59.652,19
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	162.585,34	154.397,14	176.889,85
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersverorgung und Unterstützung	35.801,26	33.337,83	39.859,36
5. Abschreibungen	40.666,93	44.731,21	46.194,61
6. Sonstige betrieblichen Aufwendungen	1.234.821,94	1.228.097,15	1.322.628,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.488,03	3.268,14	2.341,56
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.471,30	2.447,74	11.857,99
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	40.934,49	210.243,40	39.294,63
10. Steuern vom Ertrag	447,00	33.934,00	8.099,00
11. Sonstige Steuern	29,65	-723,21	64,65
12. Jahresüberschuss	40.457,84	177.032,61	31.130,98
13. Gutschrift auf Privatkonten	-40.457,84	-177.032,61	-31.130,98
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf Hörfunkwerbung (einschließlich Partnerabrechnung und Erlöse radio NRW) in Höhe von 1.299 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.477 Tsd. EUR), auf Sponsoring in Höhe von 75 Tsd. EUR (Vorjahr: 92 Tsd. EUR) und auf sonstige Erlöse mit 198 Tsd. EUR (Vorjahr: 163 Tsd. EUR) abzüglich Skonto in Höhe von 7 Tsd. EUR (Vorjahr: 6 Tsd. EUR). Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Umsatzerlöse von radio NRW in Höhe von 27 Tsd. EUR (Vorjahr: 51 Tsd. EUR) enthalten.

2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Hierbei handelt es sich mit 2 Tsd. EUR um die Verzinsung der Privatkonten der Kommanditisten.

3. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss in Höhe von 40.457,84 EUR wurde den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Einlage auf den Privatkonten gutgeschrieben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Durch zunehmende Planungsunsicherheiten (Finanz-, Währungs- und Konjunkturkrisen insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld) bleibt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Senders äußerst schwierig und seriös nicht prognostizierbar. Es wird von einem schwierigen, aber relativ stabilen wirtschaftlichen Umfeld ausgegangen.

Aufgrund fehlender langfristiger Werbeplanung der Kunden, sind die Einbuchungen überwiegend kurzfristig. Zudem kann sich der Ausfall von wenigen Großkundenaufträgen, insbesondere im lokalen Bereich und bei der Funk-Kombi West, erheblich auf den Gesamtumsatz auswirken. Die Planung der Umsatzerlöse ist somit von großer Unsicherheit geprägt. Gut die Hälfte des Umsatzes wird von den regionalen und landesweiten Vermarktungsgesellschaften (Funk-Kombi West / radio NRW) generiert. Der relativ hohe Anteil ist auch auf das Verhältnis lokale / landesweite Sendezeit zurückzuführen und zeigt die Abhängigkeit von dem Funktionieren eines flächendeckenden Lokalfunksystems. Auf die Entwicklung der regionalen und überregionalen Umsätze hat der Sender nur geringen Einfluss. So kann eine durch Reichweitenverluste bei radio NRW verursachte Gesamtumsatzeinbuße z.B. nur bedingt durch eine lokale Reichweitensteigerung durch den Sender ausgeglichen werden. Das für das Unternehmen sehr wichtige flächendeckende Lokalfunksystem mit dem alleinigen Mantelprogrammanbieter radio NRW scheint vorerst nicht gefährdet zu sein.

Die Verbreitung der „Neuen Medien“ (Web-Radio, Online-Dienste, E-Commerce etc.) ist nicht in dem Maße erfolgt, wie die anfängliche Euphorie erwarten ließ. Vielmehr hat sich die zusätzliche Verbreitung über das Internet als sinnvolle Ergänzung zu dem terrestrischen Weg etabliert. Durch das sich verändernde Mediennutzungsverhalten zu Gunsten des Internets – vor allem der jüngeren Generationen – ist mittelfristig nicht von einer steigenden Relevanz des Mediums Radio auszugehen.

Die durch die Genfer Funkwellenkonferenz angestoßene Neuordnung der Rundfunkfrequenzen im Juni 2006 (RRC 06) markiert den Übergang von der analogen auf die digitale terrestrische Rundfunkverbreitung. Dieser Übergang hat sich in den darauf folgenden Jahren aber nicht mit der Geschwindigkeit weiterentwickelt, wie allgemein erwartet wurde. Am 01. August 2011 gingen jedoch 13 öffentlich-rechtliche und private Hörfunkprogramme auf DABplus in bundesweiter digital terrestrischer Verbreitung auf Sendung. Der Digitalstart von DABplus wurde von der Geräteindustrie finanziell unterstützt. Bis 2016 sollen in Deutschland 16 Millionen DABplus-fähige Multinormempfänger verkauft werden. Zweifel, ob das angesichts der Verfügbarkeit des bun-

desweiteren DABplus- Radioangebotes realistisch ist, sind angebracht, denn das als bundesweit angepriesene Netz erreicht derzeit erst 38 Millionen Hörer. Über einen weiteren Netzausbau soll 2014 entschieden werden. Für die beteiligten privaten Hörfunker ergibt sich beim DABplus Engagement trotz gegebener Chancen auch ein deutliches wirtschaftliches Risiko.

Schwierig gestaltet sich auch die Lage in den einzelnen Bundesländern. Bei allen Unterschiedlichkeiten kristallisiert sich heraus, dass die ARD – Landesrundfunkanstalten und die Media Broadcast als Sendernetzbetreiber in allen Bundesländern Interesse daran haben, jeweils eigene landesweite Sendernetze aufzubauen.

Eine belastbare Prognose, wie sich das bundesweite DABplus entwickeln wird und ob es zu einem flächendeckenden landesweiten DABplus- Sendebetrieb mit neuen regionalen Programmen in NRW kommen wird, ist derzeit kaum möglich.

Angesichts der mit der Rundfunkdigitalisierung einhergehenden Zunahme an Verbreitungsmöglichkeiten könnte die bestehende Hörfunkordnung einen grundlegenden Wandel erfahren. Möglicherweise werden dadurch neben den Webradios noch weitere Hörfunkanbieter auf den Markt treten und den Wettbewerbsdruck weiter erhöhen. Welche darüber hinaus gehenden Auswirkungen sich für das in NRW installierte Lokalfunksystem ergeben, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Durch den Tausch von UKW-Frequenzen zwischen BFBS und Deutschlandfunk werden in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich 6 – 19 analoge UKW-Frequenzen in NRW für bestehende Radioveranstalter oder interessierte Dritte verfügbar sein. Obwohl mit diesen Frequenzen keine Flächendeckung in NRW und nach bisherigen Berechnungen lediglich 6 Mio. potenzielle Hörer erreicht werden können, gibt es ca. 20 Interessenten, die diese Frequenzen für ein Hörfunkprogramm in NRW nutzen möchten. Es ist zu erwarten, dass die Staatskanzlei NRW die freien UKW-Frequenzen der Landesanstalt für Medien NRW (LfM NRW) im ersten Halbjahr 2013 zuweisen wird und die LfM NRW diese UKW-Frequenzen dann ausschreiben wird. Die sich hieraus ergebenden Auswirkungen sowohl im Hörer- als auch im Werbemarkt sind demnach noch völlig offen. Sollten die Frequenzen an einen externen Anbieter gehen, würden insbesondere die Großstadtseher des NRW-Lokalfunksystems belastet, die einen erheblichen Beitrag für das Solidarmodell des Lokalfunksystems leisten.

In der Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich eine zweite Veranstaltergemeinschaft zur Veranstaltung eines zweiten Lokalprogramms gegründet. Das Programm soll nach eigenen Angaben unter dem Sender „City Radio Düsseldorf“ rund um die Uhr lokales Programm für Düsseldorf ausstrahlen und damit in direkte Konkurrenz zu Antenne Düsseldorf und NEWS 89,4 treten. Als Betriebsgesellschaft gründet sich derzeit die „City Radio Düsseldorf GmbH“, eine Tochtergesellschaft von „The Radio Group“, die als Dachgesellschaft bereits 17 Lokalsender unter anderem in Potsdam, Mainz, Saarbrücken und Cottbus betreibt. Bei der LfM NRW sollen die Lizenz und eine UKW-Frequenz beantragt werden. Der Sendestart ist laut eigenen Angaben für Anfang 2014 geplant.

Dieser bisher in NRW einzigartige Vorgang wird – sofern der Sendebetrieb mit einer UKW-Frequenz aufgenommen wird – neben wirtschaftlich negativen Auswirkungen für die Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG auch negative Auswirkungen für das

lokale Rundfunksystem in NRW haben. Ob dem City Radio Düsseldorf eine UKW-Lizenz zugewiesen wird, ist aus heutiger Sicht nicht einschätzbar.

Die ProSiebenSat.1-Gruppe (P7S1) plant die Werbeauseinanderschaltung in nationalen TV-Programmen und damit den Eintritt in die regionalen Werbemärkte. Die Medienkommission der LfM hat in der Sitzung vom 25. Mai 2012 einen Modell- und Betriebsversuch im Kabelnetz beschlossen. Laut LfM soll es sich um einen rein technischen Test handeln und kein Präjudiz für die Zulässigkeit eines Regelbetriebes darstellen.

Rechtlich fragwürdig ist in diesem Zusammenhang, ob eine regionale Auseinanderschaltung von Werbung in einem bundesweiten Rundfunkprogramm mit der Zulassung dieses Programms als bundesweites (einheitliches) Angebot vereinbar ist.

In den letzten Wochen zeichnete sich ab, dass P7S1 ihr Ziel weiter mit Nachdruck verfolgt. Ob die geplante Werbeauseinanderschaltung unter den derzeitigen Lizenzierungen zulässig ist, bleibt derzeit völlig offen. Die Regionalisierung von Werbung in nationalen TV-Programmen würde zu gravierenden Umschichtungen von Werbebudgets zu Lasten der jeweils regional agierenden Werbeträger Hörfunk, Fernsehen und Print führen.

Für das Jahr 2013 plant die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Novellierung des Landesmediengesetzes. Es ist zu erwarten, dass das in NRW erfolgreiche sogenannte Zwei-Säulen-Modell und somit die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für den Lokalfunk in NRW erhalten bleiben. Ob und wieweit der Gesetzgeber die wirtschaftliche Situation der Betriebsgesellschaft im Novellierungsverfahren ent- oder belastet, ist noch nicht absehbar.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird mit einer leichten Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und mit relativ stabilen Hörerreichweiten auf regionaler und landesweiter Ebene gerechnet. Radio NRW prognostiziert Vertriebsprovisionen für 2013 in Höhe von insgesamt 22,5 Mio. EUR (Hochrechnung für 2012: ca. 24,2 Mio. EUR, Stand Dezember), so dass bei steigender Reichweite von NEWS 89.4 mit etwa gleich hohen Zuflüssen wie in 2012 kalkuliert werden kann. Die Gesamtkosten bleiben in den nächsten zwei Jahren auf dem Niveau des Berichtsjahres, so dass weiterhin mit positiven Jahresergebnissen gerechnet werden kann.

Volkshochschul-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich

Basisdaten

Anschrift	Am Schulzentrum 18 41564 Kaarst
Rechtsform	Volkshochschulzweckverband im Sinne des Weiterbildungsgesetzes
Gründungsjahr	1976
Satzung	in der Fassung vom 02. Dezember 1998

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Zweckverband übernimmt als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung nach Weiterbildungsgesetz.

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Verbandes sind gem. § 1 der Zweckverbandssatzung die Städte Kaarst und Korschenbroich. Die konkreten Beteiligungen⁶ sind nachfolgend dargestellt:

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	85%	56.086,30 €
Stadt Korschenbroich	15%	9.897,58 €

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher

Erster Beigeordneter Heinz-Dieter Vogt

⁶ Bei dem dargestellten Beteiligungswert handelt es sich um das jeweils anteilige Eigenkapital zum 31.12.2012. Der bilanzierte Buchwert in der städtischen Bilanz ist mit 42.096,56 Euro ausgewiesen.

Der Vorstandsvorsteher führt die Geschäfte des Volkshochschul-Zweckverbandes. Er ist in dieser Eigenschaft auch unmittelbarer Dienstvorgesetzter aller hauptberuflichen Mitarbeiter der Volkshochschule.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung des Volkshochschul-Zweckverbandes tritt in der Regel zwei Mal jährlich zusammen, um grundlegende Fragen der Gestaltung der Volkshochschularbeit, insbesondere Fragen des Haushalts und des Stelleplans zu beraten und zu beschließen. Für das Berichtsjahr sind folgende Vertreter der Stadt Kaarst in die Verbandsversammlung entsendet:

- Dagmar Treger (Vorsitzende)
- Elisabeth Füßgen
- Heinrich Leßmann
- Angelika Zelleröhr
- Dorothea Zillmer
- Elke Beyer
- Marianne Michael-Fränzel
- Hanno Wilsch
- Rolf-Peter Weyers
- Christiane Eickelmann
- Klaus Stevens (Bereich Kultur)

Personalbestand

	2010	2011	2012
Pädagogische Mitarbeiter	3,6	3,6	3,6
Verwaltungsmitarbeiter	4	4	4
Dozenten	250	250	250

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2012 wurde insgesamt eine Verbandsumlage nach § 11 der Satzung in Höhe von 180.982,- Euro von der Stadt Kaarst geleistet.

Darüber hinaus hat die Stadt Kaarst gegenüber dem Volkshochschul-Zweckverband zum Stichtag 31.12.2012 eine Verbindlichkeit aus Pensions- und Beihilfeansprüchen in Höhe von 852.356,20 Euro.

Gleichzeitig wurden von dem Volkshochschul-Zweckverband 123.714,61 Euro an Mieten und Nutzungsgebühren und Verwaltungskosten erstattet.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€
1. <u>Anlagevermögen</u>			
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.951,96	7.818,82	10.116,93
1. 2. Sachanlagen			
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und	0,00	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und	0,00	0,00	0,00
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	10.727,92	10.727,92	10.727,92
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen,	625,75	666,56	707,37
1. 2. 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.324,12	56.890,63	48.106,14
1. 2. 9. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen			
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.819,66	1.706,50	1.718,60
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 5. an verbundene Unternehmen			
1. 3. 5. an Beteiligungen			
1. 3. 5. an Sondervermögen			
1. 3. 5. Sonstige Ausleihungen			
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	77.449,41	77.810,43	71.376,96
2. <u>Umlaufvermögen</u>			
2. 1. Vorräte			
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
2. 2. Forderungen und sonstige			
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und	1.188.498,00	1.118.076,83	1.080.330,00
2. 2. 1. 1. Gebühren			
2. 2. 1. 2. Beiträge			
2. 2. 1. 3. Steuern			
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen			
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderu			
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen	21,97	2.002,85	594,41
2. 2. 2. 1. gegenüber dem privaten Bereich			
2. 2. 2. 2. gegenüber dem öffentlichen Bereich			
2. 2. 2. 3. gegen verbundene Unternehmen			
2. 2. 2. 4. gegen Beteiligungen			
2. 2. 2. 5. gegen Sondervermögen			
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	279.549,48	338.719,72	260.641,54
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	1.468.069,45	1.458.799,40	1.341.565,95
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	13.418,66	12.144,43	15.593,41
Summe Aktiva	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	1.558.937,52	1.548.754,26	1.428.536,32

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

PASSIVA

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€
1. <u>Eigenkapital</u>			
1. 1. Allgemeine Rücklage	47.627,60	47.627,60	47.627,60
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	18.356,28	1.897,81	1.897,81
1. 4. Jahresüberschuss	0,00	16.458,47	16.458,47
	65.983,88	65.983,88	65.983,88
2. <u>Sonderposten</u>			
2. 1. für Zuwendungen	0,00	0,00	0,00
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00
3. <u>Rückstellungen</u>			
3. 1. Pensionsrückstellungen	1.188.498,00	1.117.765,00	1.079.930,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen	244.158,91	303.302,78	236.289,93
	1.432.656,91	1.421.067,78	1.316.219,93
4. <u>Verbindlichkeiten</u>			
4. 1. Anleihen	0,00	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen			
4. 2. 2. von Beteiligungen			
4. 2. 3. von Sondervermögen			
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich			
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt			
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur	0,00	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.447,06	55.039,58	30.708,34
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	849,67	6.663,02	15.624,17
	60.296,73	61.702,60	46.332,51
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00	0,00
Summe Passiva	1.558.937,52	1.548.754,26	1.428.536,32

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur aktiviert, soweit sie entgeltlich erworben wurden. In 2012 werden sie mit 6.951,96 € bilanziert. Es handelt sich um System- und Anwendungssoftware, die dem Betrieb der EDV-Anlage dient.

Sachanlagen

Gegenüber den Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten nach § 54 GemHVO NRW wurden für das im Haushaltsjahr 2012 zugegangene Vermögen gemäß § 33 GemHVO NRW die geleisteten Anschaffungskosten und die erbrachten Herstellungskosten als Wertansätze zugrunde gelegt.

Das vhs-eigene Kunstwerk „Alle Leute gehen zur Volkshochschule“ wird gem. § 55 (3) GemHVO mit dem einer dauerhaften Versicherung zugrunde zu legenden Wert mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten von 10.727,92 € angesetzt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt sich vorrangig in den Neuanschaffungen und den Wertveränderungen durch Abschreibung. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit 57.324,12 € bilanziert, die technischen Anlagen mit 625,75 €. Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern gilt die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen.

Finanzanlagen

Hier werden 1.819,55 € als Beteiligung am Kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds) bei den Rheinischen Versorgungskassen für die Beamten des Zweckverbandes als Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert. Die Bedeutung des vor Einführung der Pensionsrückstellungen zu bildenden Pflichtfonds entfiel mit der Einführung der Pensionsrückstellungen. Er wird vom Zweckverband auch nicht auf freiwilliger Basis weitergeführt. Die bereits angesparten Fondsanteile erfahren lediglich eine jährliche Wertentwicklung.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Gebühren, die Forderungen aus Transferleistungen, die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen und die privatrechtlichen Forderungen wurden im Grundsatz mit dem Nennwert bzw. Barwert angesetzt. Auf niedergeschlagene Forderungen wurde eine Einzelwertberichtigung von 100 % vorgenommen. Auf Forderungen aus dem Jahr 2012 und vorhergehenden Jahren wurde eine pauschale Wertberichtigung von 100 % vorgenommen.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 279.549,48 € ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Die Veränderung von 59.170,24 € im Vergleich zum 31.12.2011 ist gleich dem Saldo der Finanzrechnung.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Gehaltszahlungen für Beamte von 13.418,66 €, die vor dem Bilanzstichtag verausgabt wurden, aber erst nach dem Bilanzstichtag Aufwand darstellen.

Passiva:

Allgemeine Rücklage

Als allgemeine Rücklage ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen des vhs-Zweckverbandes (= Aktivseite) und der Ausgleichsrücklage, den Sonderrücklagen, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen.

Ausgleichsrücklage

Die Höhe der Ausgleichsrücklage wurde nach § 75 Abs. 3 GO NRW gebildet. Sie betrug in der Eröffnungsbilanz 2006 ein Drittel der Höhe des Eigenkapitals. Im Jahresabschluss 2012 wurde sie wie auch bereits in den Jahresabschlüssen 2009, 2010 und 2011 nicht in Anspruch genommen.

Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag

Das Jahresergebnis beträgt Null. Damit entsteht kein Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die Bezüge der Versorgungsempfänger des vhs-Zweckverbandes werden durch den Anschluss an die Rheinische Versorgungskasse von dort ausgezahlt. Unmittelbare Zahlungsverpflichtungen des vhs-Zweckverbandes bestehen insoweit nicht. Dennoch verbleibt ein mittelbarer Zahlungsanspruch der Versorgungsempfänger gegenüber dem vhs-Zweckverband, welcher entsprechend als ungewisse Verbindlichkeit zu bilanzieren ist.

Der Wert für die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen wurde durch die Rheinische Versorgungskasse auf der Grundlage einer versicherungsmathematischen Berechnung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum 31.12.2012 mit RVK-Ausgabedatei vom 28.3.2012 ermittelt.

Danach beinhalten die Rückstellungen neben den künftigen Versorgungslasten der vhs Kaarst-Korschenbroich auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbe-

amtengesetz und die Ansprüche nach §107b BeamtVG. Bei den Berechnungen sind die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % berücksichtigt worden.

31.12.2012	Aktiva	Passiva
Pensions- und Beihilfeansprüche	1.002.772 €	1.188.498 €
Ansprüche §107b BeamtVG	185.726 €	
	1.188.498 €	1.188.498 €

Den Pensionsrückstellungen von 1.188.498 € stehen Forderungen gegen die Verbandskommunen als sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen von 1.002.772 € und Forderungen nach § 107b BeamtVG von 185.726 € gegenüber. Die Verbandskommunen haben dem Ausweis dieser Forderungen schriftlich zugestimmt bzw. in den eigenen Bilanzen bereits berücksichtigt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gemäß § 36 Abs. 4 GemHVO NRW im Jahresabschluss 2010 umfassen die Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub in Höhe von 9.569,96 €, sowie Rückstellungen in Höhe von 234.588,95 € für den Ausgleich zukünftiger Mitgliedsumlagen. Nach § 11 Abs. 2 Satz 3 der Satzung des vhs-Zweckverbandes sind Überschüsse und Fehlbeträge spätestens im übernächsten Rechnungsjahr auszugleichen. Dies bedeutet auch, dass für Überschüsse eine entsprechende Rückstellung zu bilden ist, die in kommenden Haushaltsjahren aufzulösen ist.

Verbindlichkeiten

Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Weitere Einzelheiten gehen aus dem diesem Anhang beigefügten Verbindlichkeitspiegel hervor, s. 3.3. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung bestehen in Höhe von 59.447,06 €. Hierunter fallen insbesondere Honorarzahungen an Dozenten für Veranstaltungen, die in 2012 durchgeführt wurden. Zum Stichtag bestanden noch keine Zahlungsverpflichtungen, jedoch sind die entstandenen Aufwände im Rahmen einer antizipativen Rechnungsabgrenzung dem Haushaltsjahr 2012 zuzuordnen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Es bestehen sonstige Verbindlichkeiten von 849,67 € (u.a. Nebenkosten für das vhs-Haus).

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Es bestehen keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Sonstige Angaben

1. Es bestehen **finanzielle Verpflichtungen** aus Wartungsverträgen von 12.461,57 €, aus Mietverträgen von 39.745,42 € und aus Leasingverträgen von 11.412,57 € p.a.
2. **Finanzielle Verpflichtungen** bestehen ferner aus der Mitgliedschaft im Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V. von 3.291,67 €.
3. Die vhs Kaarst-Korschenbroich ist **Mitglied der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse in Köln**. Die hierüber versicherten Mitarbeiter der vhs Kaarst-Korschenbroich und deren Hinterbliebene erhalten von der RVK/RZVK Versorgungs- und Versicherungsrenten. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf den vhs-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich entfallenden Vermögen der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten der ausgeschiedenen Mitarbeiter liegen allenfalls der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse vor und stehen - wie allen Mitgliedern der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse - der vhs Kaarst-Korschenbroich nicht zur Verfügung. Der Umlagesatz beträgt 4,25 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,5 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell ist aufgrund der demographischen Entwicklung von steigenden Umlagesätzen auszugehen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Bezeichnung	Jahresergebnis 2010	Jahresergebnis 2011	Jahresergebnis 2012
Steuern und ähnliche Abgaben			
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	518.970,45	530.898,00	557.310,23
+ Sonstige Transfererträge			
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	562.342,44	553.801,57	518.109,72
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	26.467,50	29.997,50	23.205,00
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124.853,73	121.329,25	71.569,41
+ Sonstige ordentliche Erträge	31.696,47	16.221,38	20.562,33
+ Aktivierte Eigenleistungen			
+ Bestandsveränderungen	114.980,42	37.835,00	58.017,16
= ORDENTLICHE ERTRÄGE	1.379.311,01	1.290.082,70	1.248.773,85
- Personalaufwendungen	1.035.442,67	952.506,32	959.502,19
- Versorgungsaufwendungen	4.263,85	217,31	1.264,47
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.513,15	12.166,82	27.342,99
- Bilanzielle Abschreibungen	15.941,26	15.119,40	17.961,65
- Transferaufwendungen			
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	303.643,50	312.022,11	243.234,83
= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	1.379.804,43	1.292.031,96	1.249.306,13
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	-493,42	-1.949,26	-532,28
+ Finanzerträge	493,42	1.949,26	532,28
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			
= FINANZERGEBNIS	493,42	1.949,26	532,28
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00	0,00	0,00
+ Außerordentliche Erträge			
- Außerordentliche Aufwendungen			
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS			
= JAHRESERGEBNIS	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Jahresergebnis 2012 schließt mit 0 € ab. Den Weniger-Erträgen stehen entsprechende Weniger-Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber.

In Bezug auf den fortgeschriebenen Haushaltsansatz des Rechnungsjahres 2012 ergeben sich Weniger-Erträge von insgesamt 8.426 €. Hier sind insbesondere 43.890 € weniger Teilnehmerentgelte und 11.569 € weniger Erträge aus BAMF-Kursen zu nennen. Daneben sind weniger nicht zahlungswirksame Pensionsrückstellungen von 32.318 € und Mehr-Erträge aus Bestandsveränderungen von 58.017 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu verzeichnen. Sie haben keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung.

Den Weniger-Erträgen stehen im Vergleich zum Planansatz Weniger-Aufwendungen bei den Personalausgaben und den Dozenten honoraren von 29.449 €, sowie weniger Sachkosten von 20.165 € gegenüber, neben mehr nicht zahlungswirksamen Pensionsrückstellungen von 20.197 €, die wiederum keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung haben.

Lage des Verbandes und Ausblick

Im Vergleich zum 31.12. des Vorjahres hat sich der Bestand der liquiden Mittel verringert. Das Ist-Ergebnis weist einen Bestand von 279.549,48 € aus (Vorjahr: 338.719,72 €). Die Veränderung (59.170,24 €) ergibt sich aus dem Saldo der Finanzrechnung. Unterjährig bestand keine Notwendigkeit, kurzfristige Kassenkredite aufzunehmen, um Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit vornehmen zu können. Eine Kreditaufnahme für Investitionen war nicht erforderlich. Zum Bilanzstichtag bestanden keine kurzfristigen Kassenkredite.

Die Ergebnisrechnung schloss mit 0 € ab. Die Ausgleichsrücklage bleibt unangetastet und beträgt weiterhin 18.356 €. Die Allgemeine Rücklage beträgt 47.628 €. Das Eigenkapital weist einen Bestand von 65.984 € auf. Es dient dem Erhalt der dauerhaften Leistungsfähigkeit des Zweckverbandes und kann für die künftige Aufgabenerfüllung eingesetzt werden.

Die Ertragslage des Zweckverbandes ist im Verhältnis zu vergleichbaren Einrichtungen weiterhin positiv. Die Entwicklung der Erträge (Teilnehmerentgelte, Landes- und Bundesförderung und Sponsorengelder) ist abhängig von externen Faktoren, die vom Zweckverband nicht beeinflusst werden können (gesamtwirtschaftliche Lage, Finanzkrise). Sie wirken auf den Zweckverband zum Teil nur mittelbar ein, da die finanziellen Risiken von den Verbandsstädten Kaarst und Korschbroich über die Umlagefinanzierung getragen werden. Ob die Landesförderung über 2013 hinaus auf konstantem Niveau bleibt, ist noch nicht bekannt.

In den Jahren 2006, 2007 und 2009 sank das Anlagevermögen infolge seiner Abschreibung, da keine entsprechenden Neuinvestitionen getätigt wurden. In 2008, 2010, 2011 und 2012 wurde der Bestand durch eine verstärkte Investitionstätigkeit gesichert. Die geordneten Vermögensverhältnisse des Zweckverbandes bilden eine solide Basis für die Zukunft.

Die einzubeziehenden Pensionsrückstellungen führen zu keinen unmittelbaren Zahlungsverpflichtungen, da die Beitragszahlungen an die RVK die laufenden Ansprüche der Versorgungsempfänger abdecken. Insofern ist die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes noch besser als es das Jahresergebnis ausweist. Künftig erworbene Pensionsansprüche der aktiven Beamten werden im Rahmen der lfd. Haushaltswirtschaft erwirtschaftet.

Zweckverband IT-Kooperation Rheinland

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag der Stadt Kaarst noch kein Jahresabschluss 2012 vor. Die ITK-Rheinland teilte mit, dass der Jahresabschluss 2012 grundsätzlich schon fertig gestellt ist, jedoch noch vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und von der Verbandsversammlung bestätigt werden muss. Aufgrund dessen beziehen sich nachfolgende Erläuterungen auf den Jahresabschluss 2011, zum Teil mit Bezug auf Daten des Jahres 2010.

Basisdaten

Anschrift	Hammfelddamm 4 41464 Neuss
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	1998
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 2007

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikerunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen. Insbesondere obliegen ihm

- Entwicklung und Fortschreibung gemeinsamer Standards für eine einheitliche informationstechnische Infrastruktur,
- Entwicklung und Fortschreibung von Konzeptionen zu Einsatz und Nutzung der TUIV
- Auswahl und Beschaffung, Neuentwicklung, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendersoftware,
- Organisation und Bereitstellung von Beratung und Unterstützung sowie Betreuung und Schulung,
- Abwicklung der zentralen Produktion,
- Organisation der netztechnischen Infrastruktur zwischen der ITK Rheinland und den Anwenderverwaltungen, einschließlich Betrieben der Netze,
- Organisation und Betrieb der IT-Infrastruktur in den Anwenderverwaltungen auf deren Wunsch und
- Organisatorische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 100.000 EUR. Das gesamte Eigenkapital zum 31.12.2010 beträgt 3.540.914,24 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Der Betrag von 98.461,70 Euro, der in der städtischen Bilanz als Beteiligungswert ausgewiesen wurde, beruht auf dem anteiligen Eigenkapitalwert der ITK-Neuss zum Stichtag 31.12.2006. Hier wurde das gesamte Eigenkapital (3.540.914,24 Euro) zum 31.12.2011 entsprechend den Stimmverhältnissen (50 Stimmen, davon entfallen vier auf die Stadt Kaarst) aufgeteilt.

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31.12.2011⁷

Stadt Neuss	15 Stimmen	501.072,77 €
Stadt Grevenbroich	5 Stimmen	167.024,26 €
Stadt Dormagen	6 Stimmen	200.429,11 €
Stadt Meerbusch	4 Stimmen	133.619,41 €
Stadt Kaarst	4 Stimmen	133.619,41 €
Stadt Korschenbroich	3 Stimmen	100.214,55 €
Gemeinde Jüchen	2 Stimmen	66.809,70 €
Gemeinde Rommerskirchen	2 Stimmen	66.809,70 €
	<u>106 Stimmen</u>	<u>3.540.914,24 €</u>

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- **Verbandsversammlung**
- **Verwaltungsrat**
- **Verbandsvorsteher**

Verbandsversammlung

Die **Verbandsversammlung** bestimmt als politisches Gremium die strategische Ausrichtung der ITK Rheinland und entscheidet über die Finanz- und Personalressourcen. In der **Verbandsversammlung** sitzen Mitglieder aus den Stadt- und Gemeinderäten der Landeshauptstadt Düsseldorf, im Rhein-Kreis Neuss und aus dem Kreistag. Mindestens einmal jährlich tagt die **Verbandsversammlung**. Vorsitzender ist Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der **Verbandsversammlung** sind:

- Herr Volker Schöneberg
- Herr Theo Thissen
- Herr Udo Hartings
- Herr Ralf Stübben (Bereich Zentrale Dienste)

⁷ Der ausgewiesene Bilanzwert beläuft sich auf 98.461,70 Euro und wurde anhand des anteiligen Eigenkapitals ermittelt.

Verwaltungsrat

Im Verwaltungsrat legen der Landrat und die Bürgermeister der Verwaltungen die Grundlagen der IT-Strategie fest und steuern die laufende Geschäftstätigkeit der ITK Rheinland im Sinne einer strategischen Unternehmensführung und eines strategischen Controllings. Der Verwaltungsrat trifft alle kostenrelevanten Entscheidungen für den Verband, insbesondere entscheidet er über den Einsatz neuer Verfahren. Die neun Mitglieder tagen regelmäßig und nach Bedarf. Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr im Verwaltungsrat war Bürgermeister Franz-Josef Moormann.

Verbandsvorsteher

Verbandsvorsteher der ITK Rheinland war bis zum 31.12.2012 Herr Wilfried Kruse, Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf. Neuer Verbandsvorsteher ist seit 22.06.2012 Manfred Abrahams, Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbands im Nebenamt; unterstützt wird er durch die Geschäftsführer Dr. Bodo Karnbach (Vorsitzender der Geschäftsführung) und Wolfgang Vits. Stellvertretender Verbandsvorsteher ist Herr Herbert Napp, Bürgermeister der Stadt Neuss.

Personalbestand

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2011
Beamte	67	3	0	70
Beschäftigte	88	7	4	91
Versorgungsempfänger	5	0	0	5
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	1	0	0	1

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Stadt Kaarst hat im Jahr 2012 Zahlungen in Höhe von 855.177,59 EUR an die ITK-Rheinland geleistet für Produktionskosten, Leistungskosten, Schulungen, Leasing und Webhosting.

Gleichzeitig erhielt die Stadt Kaarst Gewinnerträge von der ITK-Rheinland in Höhe von 45.283,02 Euro sowie Kostenerstattungen für das Meldewesen von 8.357,70 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Bilanz

Aktiva	31.12.2011	31.12.2010
A. Anlagevermögen	6.378.486,89 €	3.991.742,00 €
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	<i>4.817.699,65 €</i>	<i>3.125.867,00 €</i>
1. Lizenzen	3.413.863,48 €	2.989.648,00 €
2. Geleistete Anzahlungen	1.403.836,17 €	136.219,00 €
<i>II. Sachanlagen</i>	<i>1.560.787,24 €</i>	<i>862.745,00 €</i>
1. Bauten auf fremden Grundstücken	938.716,53 €	213.019,00 €
2. Technische Anlagen und Maschinen	294.322,63 €	152.525,00 €
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	327.748,08 €	347.720,00 €
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	- €	149.481,00 €
III. Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	- €	3.130,00 €
B. Umlaufvermögen	22.543.390,86 €	21.688.975,24 €
<i>I. Vorräte</i>	<i>85.450,01 €</i>	<i>123.430,68 €</i>
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>21.565.544,56 €</i>	<i>21.565.544,56 €</i>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistung	649.951,72 €	430.011,07 €
2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	21.807.489,13 €	21.135.533,49 €
3. Sonstige Vermögensgegenstände	500,00 €	- €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.296.386,73 €	520.353,31 €
Summe Aktiva	30.218.264,48 €	26.201.070,55 €

Hinweis: Die Bilanz des Jahres 2012 liegt noch nicht vor, so dass die Daten des Jahres 2011 zu Grunde gelegt wurden.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Passiva	31.12.2011	31.12.2010
A. Eigenkapital	3.540.914,24 €	3.946.546,44 €
I. Stammkapital	100.000,00 €	100.000,00 €
II. Rücklagen Allgemeine Rücklage	1.877.373,05 €	1.877.373,05 €
III. Bilanzgewinn	1.563.541,19 €	1.969.173,39 €
B. Rückstellungen	23.285.484,71 €	19.814.454,53 €
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	17.311.566,50 €	15.445.662,45 €
2. sonstige Rückstellungen	5.973.918,21 €	4.368.792,08 €
C. Verbindlichkeiten	3.285.657,25 €	2.247.477,98 €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132,48 €	96,42 €
2. Anzahlungen auf Bestellungen	235.352,25 €	253.271,35 €
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.800.772,77 €	1.637.131,04 €
4. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	1.249.399,75 €	356.979,17 €
5. sonstige Verbindlichkeiten	- €	- €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	106.208,28 €	192.591,60 €
Summe Passiva	30.218.264,48 €	26.201.070,55 €

Erläuterungen zur Bilanz

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare, planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Von dem im Rahmen des BilMoG eingeführten Wahlrecht, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren (§ 248 Absatz 2 Satz 1 HGB), wurde kein Gebrauch gemacht.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Anlagegegenstände werden linear unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Zugänge des beweglichen Sachanlagevermögens werden monatsgenau abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu EUR 150,00 werden im Jahr des Zugangs direkt im betrieblichen Aufwand berücksichtigt. Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 werden gemäß § 6 Abs. 2 a EStG in einen

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Unter den Finanzanlagen sind die sonstigen Ausleihungen mit dem Nennwert bilanziert.

Die Vorräte werden, unter Beachtung des Niederstwertprinzips, zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten bewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert bilanziert.

Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder betreffen insbesondere Forderungen gegen die Städte Neuss und Düsseldorf aus Erstattungsansprüchen für übernommene Pensions- und Beihilferückstellungen sowie aus dem Cash-Management (nur Stadt Neuss). Des Weiteren werden unter diesem Posten Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Entwicklungsleistungen und Softwarebeschaffung sowie aus übrigen Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder haben mit Ausnahme der Forderungen aus dem Cash-Management und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen eine Restlaufzeit von über einem Jahr.

Die ITK Rheinland ist in ein zentrales Cash-Management mit der Stadt Neuss eingebunden, so dass der Ausweis von Guthaben bei Kreditinstituten entfällt.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt im Wesentlichen geleistete Mietvorauszahlungen für zusätzliche Komponenten in den neuen Räumlichkeiten am Hammfelddamm 4 in Neuss, geleistete Vorauszahlungen für die Wartung von Hard- und Software in Folgejahren sowie die im Dezember 2011 gezahlten Beamten- und Pensionsbezüge für Januar 2012.

Das Eigenkapital hat sich im Wirtschaftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2011 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Endbestand 31.12.2011 TEUR
Stammkapital	100,0	0,0	0,0	100,0
Allgemeine Rücklage	1.877,0	0,0	0,0	1.877,0
Bilanzgewinn	1.969,0	1.564,0	1.969,0	1.969,0

Das Stammkapital von EUR 100.000,00 entspricht § 12 Abs. 1 der Verbandssatzung und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Allgemeine Rücklage beträgt EUR 1.877.373,05 und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2011 TEUR	Inanspruch- nahme TEUR	Auflösung TEUR	Zuführung TEUR	Stand 31.12.2011 TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	15.446,00	0,00	0,00	1.866,00	17.312,00
Beihilfen Pensionäre	2.456,00	97,00	0,00	357,00	2.716,00
Erstattungsverpflichtung aus Beihilfen gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf	89,00	0,00	0,00	36,00	125,00
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	0,00	0,00	0,00	830,00	830,00
Urlaub und Überstunden	806,00	806,00	0,00	797,00	797,00
Mietnebenkosten und sonstige ausstehende Eingangsrechnungen	520,00	71,00	29,00	333,00	753,00
Altersteilzeit	332,00	195,00	0,00	329,00	466,00
Leistungsor. Entgelt	38,00	0,00	0,00	37,00	75,00
Archivierung	0,00	0,00	0,00	68,00	68,00
Jahresabschlusskosten	77,00	72,00	5,00	50,00	50,00
Beihilfen Beamte	43,00	43,00	0,00	43,00	43,00
Sonstiges	8,00	8,00	0,00	51,00	51,00
Summe	19.815,00	1.292,00	34,00	4.797,00	23.286,00

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umfassen sämtliche Pensionsansprüche von Beamten und deren Hinterbliebenen. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Mercer Deutschland GmbH, Mühlheim an der Ruhr. Der Ermittlung des versicherungsmathematischen Teilwerts zum 31.12.2011 wurde in Anlehnung an die Regelungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement ein Zinssatz von 5 % zugrunde gelegt. Den bilanzierten Pensionsrückstellungen stehen ausgewiesene Erstattungsansprüche von 7.610.713 EUR (i. V. 6.822.886 EUR) gegenüber, die unter den Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern ausgewiesen werden.

Die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen umfassen sämtliche Verpflichtungen zur Zahlung von Beihilfen im Krankheitsfall an Pensionäre und Hinterbliebene. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage des versicherungsmathematischen Gutachtens der Mercer Deutschland GmbH, Mühlheim an der Ruhr. Der Ermittlung des versicherungsmathematischen Teilwerts zum 31. Dezember 2011 wurde gemäß § 22 Abs. 3

EigVO NRW i.V.m. § 36 Abs. 1 GemHVO NRW ein Zinssatz von 5 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden für sechs (i.V. vier) bereits abgeschlossene Verträge gebildet. Die Rückstellungen berücksichtigen die ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Betrag der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Die Altersteilzeitrückstellungen wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die zum Betrieb erforderlichen Finanzmittel hat die ITK Rheinland aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet. Darlehensaufnahmen waren nicht erforderlich. Insgesamt war die ITK Rheinland stets in der Lage, ihren fälligen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern resultieren im Wesentlichen aus der laufenden Liefer- und Leistungsverrechnung sowie aus der Ausschüttung des Jahresüberschusses 2010.

Die Restlaufzeiten der bestehenden Verbindlichkeiten sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen. Die Verbindlichkeiten sind insgesamt ungesichert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt im Wesentlichen die im Jahr 2011 erhaltenen, anteilig jedoch die Jahre 2012 bis 2014 betreffenden, Erträge für die Fileservice-Lösung NetAPP der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2011	31.12.2010
1. Umsatzerlöse	36.989.621,87 €	32.794.794,62 €
Erhöhung bzw. Verminderung des Bestands an		
2. unfertigen Leistungen	- 21.479,30 €	88.512,00 €
3. sonstige betriebliche Erträge	1.156.937,92 €	714.382,58 €
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	- 2.132.212,25 €	- 1.906.537,91 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 16.511.790,62 €	- 12.682.142,38 €
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	- 10.554.569,27 €	- 10.025.165,05 €
b) Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 2.635.350,18 €	- 2.449.254,05 €
Abschreibung auf immaterielle		
6. Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen	- 1.304.248,86 €	- 1.120.648,00 €
7. sonstige betrieblichen Aufwendungen	- 2.590.677,36 €	- 2.837.196,52 €
Erträge aus der Ausleihung des		
8. Finanzanlagevermögens	- €	- €
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	77.628,24 €	57.068,10 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 910.319,00 €	- 664.640,00 €
11. Jahresüberschuss	1.563.541,19 €	1.969.173,39 €
12. Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	- €	- €
13. Ausschüttung an die Verbandsmitglieder	- €	- €
14. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	- €	- €
15. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	- €	- €
16. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	- €	- €
17. Auflösung der zweckgebundenen Rücklage	- €	- €
18. Bilanzgewinn	1.563.541,19 €	1.969.173,39 €

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzen sich im Wirtschaftsjahr und im Vorjahr wie folgt zusammen:

	2011 TEUR	2010 TEUR
Erlöse von Verbandsmitgliedern	25.400,0	23.362,0
Erlöse aus Weiterverrechnung Verband	9.481,0	7.178,0
Erlöse von Dritten	1.908,0	2.002,0
Erlöse aus Weiterverrechnung Telekommunikation	193,0	253,0
Sonstige Umsatzerlöse	8,0	0,0
	<u>36.990,0</u>	<u>32.795,0</u>

Die ITK Rheinland hat ein produktorientiertes Preisbildungsmodell entwickelt; im Berichtsjahr ist mit den Vorstandsmitgliedern entsprechend der Inanspruchnahme auf Basis des kalkulierten Festpreises je Produkt bzw. nach Einzelverträgen abgerechnet worden. Der Kostenbeitrag der Landeshauptstadt Düsseldorf für Standard- und Sonderleistungen sowie die Verteilung der Gemeinkosten ist dagegen durch Vertrag vom 16. September 2010 sowie durch diverse Verträge, die auf Preiskalkulationen beruhen, gesondert vereinbart und abgerechnet worden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus dem Erstattungsanspruch für Pensionen und Beihilfen (TEUR 1.043; i.V. TEUR 514), aus der Erstattung von Stromkosten (TEUR 41; i.V. TEUR 0), aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 34; i.V. TEUR 0) sowie aus periodenfremden Beträgen (TEUR 24; i.V. TEUR 193).

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten Aufwendungen für die ITK Rheinland sowie für die Verbandsmitglieder. Die ITK Rheinland hat für Papier, Formulare, Toner, Softwarelizenzen bis EUR 150,00/ Stück, Softwareupdates, Hardwareergänzungen und Speichermedien sowie fusionsbedingten Aufwand insgesamt TEUR 516 (i.V. TEUR 338) aufgewendet. Auf den Anwenderverbund entfallen Aufwendungen für Lizenzen und sonstiges Material in Höhe von TEUR 1.616 (i.V. TEUR 1.569).

Auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind hinsichtlich der Empfänger ITK Rheinland bzw. Verbandsmitglieder zu trennen.

Die ITK Rheinland hatte Aufwendungen für:

- Produktionsleistungen des Competence Centers Rechenzentrum und innerhalb der IT-K R/R	3:527 TEUR
- Leasing, Wartung, Instandhaltung Hardware	1.512 TEUR
- Wartung Software	1.271 TEUR
- Sonstige bezogene Leistungen für Produktion	2.122 TEUR
- Schulungsaufwand	14 TEUR

Für Aufwendungen der Verbandsmitglieder vor Ort (Hardware, Software, bezogene Leistungen), die weiterverrechnet wurden, sind bei der ITK Rheinland 8.066 TEUR angefallen.

Der Personalaufwand für die durchschnittlich beschäftigten 70 Beamten und 90 Beschäftigten setzt sich wie folgt zusammen:

- Besoldung und Vergütung	7.336 TEUR
- Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung	774 TEUR
- Aufwendungen für Altersversorgung	1.708 TEUR
- Beiträge zur Unfallversicherung	10 TEUR
- Aufwand Personalerstattungen Landeshauptstadt Düsseldorf	3.219 TEUR
- Aufwendungen für Unterstützung	143 TEUR

In dem Personalaufwand wurden auch die Aufwendungen für das von der Landeshauptstadt Düsseldorf abgeordnete bzw. gestellte Personal ausgewiesen.

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2011
Beamte	67	3	0	70
Beschäftigte	88	7	4	91
Versorgungsempfänger	5	0	0	5
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	1	0	0	1

Sonstige betriebliche Aufwendungen fielen in 2011 wie folgt an:

- Miete und Mietnebenkosten	1.008 TEUR
- Beratungs- und Prüfungskosten	452 TEUR
- Telekommunikation	261 TEUR
- Fortbildung	139 TEUR
- Fusionsbedingter Standortwechsel	179 TEUR
- Dienstleistungen der Stadt Neuss	104 TEUR
- Dienstleistungen der Landeshauptstadt Düsseldorf	60 TEUR
- Fahrzeug- und Reisekosten	64 TEUR
- Versicherung und Beiträge	70 TEUR
- Buchverluste aus Anlagenabgängen	87 TEUR
- Büromaterial und Literatur	18 TEUR
- Instandhaltung von Anlagen und Maschinen	35 TEUR
- Repräsentation und Aufwand für Sitzungen	11 TEUR
- Öffentlichkeitsarbeit, Ausschreibungen	2 TEUR
- Übrige	101 TEUR

Das von dem Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 29,0 TEUR inkl. USt und entfällt in voller Höhe auf Abschlussprüfungsleistungen und in Höhe von 7 TEUR auf sonstige Beratungsleistungen.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge werden durch den Zinsanteil an den Lizenzkosten (8 TEUR) sowie das Cash-Management (70 TEUR) erzielt.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betreffen wie im Vorjahr den Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen. .

Lage des Verbandes und Ausblick

Ertragslage

Im Jahr 2011 hat die ITK einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.564 erwirtschaftet. Die einzelnen Positionen können der nachfolgenden Darstellung entnommen werden:

- Umsatzerlöse	36.990 TEUR
- Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-21 TEUR
- Sonstige betriebliche Erträge	1.157 TEUR
- Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	2.132 TEUR
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.512 TEUR
- Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	10.555 TEUR
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.635 TEUR
- Abschreibungen	1.304 TEUR
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.591 TEUR
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	78 TEUR
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	911 TEUR

Vermögenslage

Die Vermögenslage hat sich insbesondere im Bereich des Anlagevermögens (+ TEUR 2.386), der Forderungen gegen Verbandsmitglieder (+ TEUR 672) und der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (+ TEUR 776) verändert.

Die Anlagendeckung (Deckung des Anlagenvermögens durch das Eigenkapital) betrug 55,5 %. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der langfristigen Verbindlichkeiten betrug die Anlagendeckung 379,9 %. Die Langfrist-Deckung, d.h. die Deckung des Anlagevermögens und des langfristigen Umlaufvermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital, lag bei 166,9 %. Die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert sein soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden TEUR 3.802 in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Softwarelizenzen. Die gesamten Investitionen wurden zu 34,3 % durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln und somit ohne Kreditaufnahme.

Finanzlage

Der Zweckverband verfügt über eine ausreichende Liquidität, die jedoch auch der Refinanzierung der künftig fälligen Pensionsverpflichtungen dient. Anhand des Vermögens- und Finanzplans werden der Kapitalbedarf und die Fremdkapitalaufnahme abgestimmt.

Ausblick, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Zwei Entscheidungen prägen das Jahr 2011 bei der ITK maßgeblich:

- Einsatz von SAP
- Besetzung der zweiten Geschäftsführungsposition

Die Entscheidung für den Einsatz von SAP als Finanzverfahren bei der ITK im Jahr 2011 zeigt exemplarisch die Chancen und Risiken der Arbeit im Zweckverband.

Der Chance, ein ausgereiftes und gleichermaßen zukunftsfähiges Produkt für eine noch besser integrierte kommunale Datenverarbeitung einzusetzen, steht das Risiko gegenüber, den Mitgliedern Lösungen mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten anbieten zu müssen. Auf Grund der angespannten finanziellen Lage konnten nicht alle Mitglieder die Entscheidung für die Einführung von SAP treffen. Daraus ergibt sich für die ITK die Notwendigkeit, mindestens zwei Finanzverfahren zu beherrschen. Gelingt dies nicht, ist damit zu rechnen, dass sich die Mitglieder in diesem Bereich Alternativen zur ITK suchen und somit die Gesamtwirtschaftlichkeit des Zweckverbandes schwächen.

Die Einführung von SAP als neues Finanzverfahren für einige Mitglieder der ITK unterliegt einem ambitionierten Zeitplan. Die Einhaltung dieses Zeitplanes wird dadurch erschwert, dass die zugekaufte Fachschale für die Veranlagung der Datenzentrale Baden-Württemberg nur unvollständig das geltende NRW-Recht abbildet.

Die Entscheidung der Verbandsversammlung am 13.12.2001 für die Wiederbesetzung des zweiten Geschäftsführers ist eine Entscheidung für weiteres Wachstum der ITK. Die heterogene IT-Landschaft in NRW wird unter dem Druck der knapper werdenden finanziellen Mittel zu weiteren Konsolidierungen führen. Es ist eine der Hauptaufgaben der ITK, nach der erfolgreichen Fusion zwischen der KDZ Neuss und der IT der Landeshauptstadt Düsseldorf, weiterhin eine führende Rolle einzunehmen und Vorreiter für und bei weiteren Zusammenschlüssen zu sein, um hierdurch trotz ständig steigender Komplexität im IT-Bereich langfristig die Leistungsfähigkeit und durch Skaleneffekte die Wirtschaftlichkeit zu sichern.

Im Jahr 2012 stehen weitere wichtige Entscheidungen an:

- Ende der Abordnung/Gestellung für ca. 34 Mitarbeitende der Landeshauptstadt Düsseldorf bei der ITK
- Ende der Festschreibung
- Neuer Verbandsvorsteher

Im Rahmen des Beitritts der IT der Landeshauptstadt Düsseldorf zur KDZ wurden in der ersten Stufe im Jahr 2008 62 Mitarbeiter für fünf Jahre an die ITK gestellt bzw. zu ihr abgeordnet. Dieser Zeitraum endet zum 31.12.2012. Im Rahmen der zweiten Stufe der Fusion im Jahr 2009 wurden weitere 31 Kolleginnen und Kollegen für fünf

Jahre an die ITK abgeordnet bzw. zu ihr gestellt, dieser Zeitraum endet zum 31.12.2013. Das erklärte Ziel der Abordnung und Gestellung war ein Arbeitgeber- bzw. Dienstherrnwechsel am Ende der Abordnung/Gestellung.

Seit dem Jahr 2010 arbeitet eine Arbeitsgruppe an einem neuen Modell für die Preisbildung, welches die Festschreibung aus dem Jahr 2004 ablösen soll. Mit dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 13.6.2012 konnte diese Arbeit und die Festschreibung beendet werden. Auch wenn die Umstellung nur in Einzelfällen zu größeren Verwerfungen geführt hat, wird sich das neue System noch in der Zukunft beweisen müssen. Vorbildlich hat hier die Zusammenarbeit im Zweckverband funktioniert: Trotz gegensätzlicher Ansichten zum Umgang mit Gemeinkosten, konnte eine einstimmige Entscheidung herbeigeführt werden. Die gefundene Lösung für die Gemeinkosten wird über einen Zeitraum von zwei Jahren evaluiert werden.

Nach drei Jahren Amtszeit als Verbandsvorsteher der ITK Rheinland hat Herr Kruse die ITK zum 31.3.2012 verlassen. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 22.6.2012 Herrn Stadtdirektor Manfred Abrahams einstimmig zum neuen Verbandsvorsteher gewählt. Als Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf wird Herr Abrahams der ITK neue Impulse geben.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis und rückläufigen Umsatzerlösen (einschließlich Weiterrechnungen) von rund EUR 34,9 Mio. gerechnet. Für das Wirtschaftsjahr 2013 werden ebenfalls ein ausgeglichenes Jahresergebnis sowie steigende Umsatzerlöse erwartet.

Schulverband Kaarst-Korschenbroich für die Martinusschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Schulverband als Zweckverband im Sinne des Schulverwaltungsgesetz
Gründungsjahr	1971
Satzung	in der Fassung vom 22. März 1996

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Schulverband ist Träger der Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) für die Verbandsmitglieder.

Beteiligungsverhältnisse

Gemäß § 1 der Schulverbandssatzung bilden die Städte Kaarst und Korschenbroich nach § 11 Schulverwaltungsgesetz einen Schulverband.

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	59,79%	79.532,63 €
Stadt Korschenbroich	40,21%	53.487,33 €

Die Beteiligungsquote⁸ richtet sich nach den Mitgliederquotierungen nach § 7 der Satzung.

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

⁸ Der ausgewiesene Bilanzwert stellt sich mit 20.90,75 Euro zum 31.12.2012 in der städtischen Bilanz auf der Grundlage des anteiligen Eigenkapitals dar.

Verbandsvorsteher

Bürgermeister Franz-Josef Moormann war im Berichtszeitraum Verbandsvorsteher.

Soweit für die Angelegenheiten des Schulverbandes nicht die Schulverbandsversammlung zuständig ist, werden sie durch den Verbandsvorsteher verwaltet. Er hat die Beschlüsse der Schulverbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen.

Verbandsversammlung

Die Schulverbandsversammlung beschließt insbesondere gemäß § 8 der Verbandsatzung über folgende Angelegenheiten des Schulverbandes:

- a) die Ausübung der Rechte des Schulträgers nach § 21a SchVG,
- b) die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan,
- c) die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung,
- d) den Erwerb und die Veräußerung von Vermögenswerten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- e) die Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für andere sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten gleichkommen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- f) die Änderung der Satzung,
- g) die Auflösung des Schulverbandes.

Folgende ordentliche Mitglieder vertreten die Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Verbandsversammlung:

- Elisabeth Füßgen
- Heinrich Leßmann
- Hermann-Josef Sülzenfuß
- Angelika Zelleröhr
- Elke Beyer
- Robert Begerau
- Hanno Wilsch
- Rolf-Peter Weyers
- Dr. Anke John (Bereich Schule, Sport und Soziales)

Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Verband im Durchschnitt 4 Mitarbeiter.

2010	2011	2012
4	4	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Der Schulverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern eine Verbandsumlage, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

Für das Haushaltsjahr 2012 zahlte die Stadt Kaarst eine Umlage in Höhe von 292.240,05 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Bilanz

Aktivseite

	31.12.2012	31.12.2011
	€	€
1. <u>Anlagevermögen</u>		
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	267,69	535,41
1. 2. Sachanlagen		
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche	2.781,18	3.708,24
1. 2. 2. 1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
1. 2. 2. 2. Schulen	2.781,18	
1. 2. 2. 3. Wohnbauten	0,00	
1. 2. 2. 4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und	0,00	
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00
1. 2. 7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.739,80	74.489,98
1. 2. 8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen		
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00
	<u>60.788,67</u>	<u>78.733,63</u>
2. <u>Umlaufvermögen</u>		
2. 1. Vorräte	0,00	0,00
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen		
2. 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und	146,00	3.236,16
2. 2. 1. 1. Gebühren	0,00	
2. 2. 1. 2. Beiträge	0,00	
2. 2. 1. 3. Steuern	0,00	
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen	146,00	
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	437,50	547,50
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	110.421,81	76.032,19
	<u>79.841,85</u>	<u>79.841,85</u>
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00
Summe Aktiva	<u>171.793,98</u>	<u>158.575,48</u>

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2012

Passivseite

	31.12.2012 €	31.12.2011 €
1. <u>Eigenkapital</u>		
1. 1. Allgemeine Rücklage	112.443,72	112.443,72
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	20.576,24	0,00
1. 4. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	24.080,74	20.576,24
	157.100,70	133.019,95
2. <u>Sonderposten</u>		
2. 1. für Zuwendungen	8.086,18	10.523,29
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	8.086,18	10.523,29
3. <u>Rückstellungen</u>		
3. 1. Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5	989,80	7.263,49
	989,80	7.263,49
4. <u>Verbindlichkeiten</u>		
4. 1. Anleihen	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen Unternehmen	0,00	
4. 2. 2. von Beteiligungen	0,00	
4. 2. 3. von Sondervermögen	0,00	
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich	0,00	
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt	0,00	
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	1.167,49
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	17,30	1.001,25
	17,30	2.168,74
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	5.600,00	5.600,00
Summe Passiva	171.793,98	158.575,47

Gewinn- und Verlustrechnung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
1	Steuern und ähnliche Abgaben		
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	534.078,12	521.200,22
3	+ Sonstige Transfererträge		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	320,00	2.520,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	146,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen		
9	+ Bestandsveränderungen		
10	= ORDENTLICHE ERTRÄGE	534.398,12	523.866,22
11	- Personalaufwendungen	88.950,60	84.508,14
12	- Versorgungsaufwendungen	500,00	
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	271.940,88	269.594,19
14	- Bilanzielle Abschreibungen	20.260,72	22.052,88
15	- Transferaufwendungen	36,40	565,55
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	128.834,58	127.291,10
17	= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	510.523,18	504.011,86
18	= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	23.874,94	19.854,36
19	+ Finanzerträge	205,80	721,88
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		
21	= FINANZERGEBNIS (Zeilen 19 und 20)	205,80	721,88
22	= ORDENTLICHES ERGEBNIS (Zeilen 18 und 21)	24.080,74	20.576,24
23	+ Außerordentliche Erträge		
24	- Außerordentliche Aufwendungen		
25	= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS (Zeilen 23 u. 24)		
26	= J A H R E S E R G E B N I S (Zeilen 22 und 25)	24.080,74	20.576,24

Wasser- und Bodenverband Nordkanal

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Wasser – und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991
Gründungsjahr	1961
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 1995

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

- Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung von Gewässern
- Bau und Unterhaltung von Anlagen an und in Gewässern
- Schutz von Grundstücken vor Hochwasser

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse⁹ richten sich nach dem Beitragsverhältnis (§ 31) und dem Verhältnis der Ausschussmitglieder (§ 10 Abs. 8).

Verbandsmitglied	Anzahl der Ausschussmitglieder	Beteiligungsquote
Stadt Kaarst	14	54%
Stadt Korschenbroich	6	23%
Stadt Neuss	4	15%
Stadt Willich	1	4%
Erftverband	1	4%

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

⁹ Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist mit einem Beteiligungswert von 45.122,88 Euro zum 31.12.2012 in der städtischen Bilanz erfasst. Die Wertermittlung erfolgt anhand der anteiligen kameralen Rücklage.

Organe des Verbandes

- Vorstand
- Verbandssausschuss

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 5 Personen und wird für eine Dauer von 5 Jahren gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher.

Im Berichtsjahr war Bürgermeister Franz-Josef Moormann Verbandsvorsteher. Weiteres ordentliches Mitglied des Vorstandes war für die Stadt Kaarst Herr Volker Schöneberg, sowie Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter als stellvertretendes Mitglied.

Verbandsauschuss

Nach § 10 Abs. 8 Verbandssatzung stellt die Stadt Kaarst 14 Ausschussmitglieder. Im Berichtszeitraum waren neben dem Verbandsvorsteher folgende Personen in den Verbandsauschuss berufen:

Thissen, Theodor
Kluth, Matthias
Rademacher, Franz-Josef
Treger, Dagmar
Pruss, Klauss-Dieter
Portmann, Gerd
Imiela, Ulf
Kallmann, Jürgen
Gaumitz, Christian
Boestfleisch, Walter
Karis, Josef
Weyers, Rolf-Peter
Opial, Jan (Bereich Tiefbau, Grünentwicklung und Baubetriebshof)

Personalbestand

Nach § 21 der Verbandssatzung hat der Verband einen Kassenverwalter und einen Techniker einzustellen.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2012 wurde eine Verbandsumlage in Höhe von 22.877,94 Euro von der Stadt Kaarst an den Wasser- und Bodenverband Nordkanal gezahlt.

Haushalt

Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist ein Zweckverband nach dem Landeswassergesetz. Dementsprechend gilt die Landeshaushaltsordnung NRW für die Aufstellung eines Haushaltes, wonach keine Verpflichtung besteht einen doppelten Haushalt aufzustellen und eine Bilanz zu erstellen.

Verwaltungshaushalt

	2012	2011
Einnahmen		
Bezeichnung		
Umlage Erschwerer	29.594,42	29.886,58
Umlage seith. Einzugsgebiet	29.405,58	20.613,42
Zinsen und sonst. Einnahmen	381,28	1.500,00
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00	9.000,00
Zuschuss zum Gutachten	62,47	4.000,00
	59.443,75	65.000,00
Ausgaben		
Entschädigungen etc.	16.304,17	16.000,00
Schreibearbeiten	1.551,96	2.000,00
Deponiekosten	0,00	2.000,00
Unterhaltungsmaßnahmen	22.057,32	35.000,00
Gutachten Wasserrahmenrichtlinie	0,00	5.000,00
Versicherungen	2.067,48	2.500,00
Vermischte Ausgaben	592,30	1.500,00
Pausch. Verwaltungskosten	214,02	1.000,00
Zuführung an d. Vermögenshaushalt	16.656,50	0,00
	59.443,75	65.000,00

Vermögenshaushalt

	2012	2011
Einnahmen		
Entnahme aus Rücklage	0,00	9.000,00
Zuführung aus Verwaltungshaushalt	16.656,50	0,00
	16.656,50	9.000,00
Ausgabe		
Zuführung zur Rücklage	16.656,50	0,00

Fortschreibung des Mittelbestandes

Kassenbestände	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
Sparbuch (allg. Rücklage)	80.576,58	69.364,68	86.021,18
Festgeldkonto	1.091,34	1.091,34	1.091,34
Geschäftskonto	2.503,51	7.126,02	10.790,01
Zinsen	471,14	360,75	381,28
Zuführung in allg. Rücklage	0,00	0,00	62,47
Entnahme aus allg. Rücklage	6.724,02	11.211,90	-16.594,03
	91.366,59	89.154,69	81.752,25